

# Vormärz

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis: 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage. Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Interflons-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgepolte Kolonietzelle oder deren Raum 50 Pf., für polirte und gemischte Kolonietzelle und Veranlagungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 19. Juli 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Zentrums-Steuerpolitik.

Das Verhalten der Zentrumsfraktion des Reichstages zu der euphemistisch als Reichsfinanzreform bezeichneten Stengetischen Steuererhöhung, besonders aber die gemeinsam von den Zentrumsmitgliedern und den Nationalliberalen betriebene Suche nach neuen Steuerobjekten, hat manche Kreise der Zentrumsanhängerschaft arg verschimpft. Man ist dort mit der Unterstützung der offiziellen Flotten- und Kolonialpolitik, zu der sich das Zentrum in seiner Stellung als freiwillige Regierungspartei bewogen fühlt, durchaus nicht einverstanden, und zudem ist man der Ansicht, daß es nicht die Aufgabe der Zentrumsfraktion sein könne, der Regierung die dieser mangels geeigneter Funktion, neue Steuervorschläge zu machen, bereitwillig abzunehmen und selbst auf die Entdeckung neuer Steuerquellen auszugeben. Auch sind die einzelnen wirtschaftlichen Interessengruppen, aus denen sich die Anhängerschaft des Zentrums zusammensetzt, von dem Ergebnis dieser freiwilligen Uebernahme der Regierungsfunktionen durch die Zentrumsfraktion keineswegs sonderlich befriedigt. Die katholischen Industriellen bemängeln die Lantiensteuer, den Eisenbahnsparartensteuern und die Erhöhung der Postgebühren, die katholischen Landmagnaten und Großbauern die Einführung der Reichserbschaftsteuer, und die katholischen Arbeiter die Erhöhung der Bran- und die Zigarettensteuer.

Diese Auflehnungen gegen die Steuerpolitik der Zentrumsfraktion des Reichstages zu beschwichtigen und die widerstrebenden Teile der Zentrumsanhängerschaft zu überzeugen, daß das unter der schönen Legende des Zentrums zustande gekommene gepfefferte Steuertagout den sogenannten „gerechten und harmonischen Ausgleich“ der widerstrebenden Interessen darstellt, hat die bekannte Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland zu München-Gladbach eine Broschüre, betitelt: „Die Reichsfinanzreform von 1906 und ihre neuen Steuern“ ausarbeiten lassen, die als Heft 34 der von dieser Zentralstelle herausgegebenen „Sozialen Tagesfragen“ erschienen ist. Als Verfasser hat man den Zentrumsabgeordneten Dr. Eugen Jäger, der als Mitglied der Steuerkommission sich ganz besonders um das hehre Werk der Steuerhochschraubung verdient gemacht hat, gewählt, und es muß anerkannt werden, daß diese Zentrumskapazität das ihr von der Jesuitenkolonie zu München-Gladbach geschenkte Vertrauen in jeder Beziehung gerechtfertigt hat. Besser hätten mit den katholischen Grundbesitzern, unbewiesenen Voraussetzungen und logischen Kopfsprüngen auch die ehrlichen Jesuitenpaters nicht zu arbeiten vermocht, die in den „Stimmen von Maria-Laach“ katholische Staatsrechtler dozieren.

Als gründlicher Politiker geht Herr Jäger von den Grundlagen der katholischen Staatsauffassung aus. Die Bildung des Staates und die mannigfache Ausgestaltung seiner Aufgaben, so führt er aus, entspringen der von Gott geschaffenen Natur des Menschen; daraus aber folge die sittliche Pflicht für jedes Mitglied des Staates, zu den Zwecken des Ganzen beizutragen. Bewiesen ist also, daß das Steuerzahlen zur göttlichen Weltordnung gehört. Es fehlt nur noch zu beweisen, daß die von der Regierung geforderten neuen Steuern notwendig sind, und durch Einschränkung der enormen Ausgaben für Heer, Marine, Kolonien kein Ausgleich zwischen den Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushalt hergestellt zu werden vermag. Herr Jäger macht das folgendermaßen: er schiebt die Frage, ob sich nicht am Heer-, Marine- und Kolonialetat sparen ließe, einfach beiseite, behauptet dann ohne jeglichen Beweis, daß Deutschland die „Pflicht“ hätte, Welt- und Kolonialpolitik zu treiben, und zieht dann hieraus die weiße Folgerung, ohne Geld ließen sich die zu diesem Zweck nötigen Rüstungen zu Wasser und zu Lande nicht bewerkstelligen — folglich müßten Mittel herbeigeschafft werden. Wörtlich sagt Herr Jäger:

„Die Pflicht, unser Heer und auch unsere Flotte dem berechtigten Einfluß Deutschlands entsprechend auszugestalten, nötigt das Reich zu wachsenden Ausgaben. Die Erhaltung des Friedens hängt größtenteils von der Stärke unserer Rüstung zu Wasser und zu Lande ab. Auf dem großen Gebiete der Weltpolitik ist nur der Stärke angehen und bündnisfähig. Deutschland ist nicht mehr ein Ackerbaustaat wie früher, sondern neben einer strebsamen Landwirtschaft hat sich immerhin eine mächtige Industrie entwickelt, die in lebhaftem Wettbewerb mit anderen Völkern ist und mit diesen an der Spitze der Weltindustrie steht. Gleich anderen Großstaaten müssen auch wir unserem Handel, unserer Industrie und jedem Reichsangehörigen im Auslande, wo immer nötig, kräftigen Schutz gewähren. Die deutschen Arbeiter sind sich bewußt, daß von diesem Schutze, von der Erhaltung und Förderung unseres auswärtigen Absatzes ein großer Teil ihrer Existenz abhängt. Die größte Ausgabe verursacht uns die Weltpolitik, aber die große Mehrheit des deutschen Volkes ist nicht gesonnen, von dieser Weltpolitik zu lassen.“

Die Weltpolitik ist also nach der Behauptung des Herrn Jäger durchaus nötig und die großen Ausgaben für sie auch. Nun hat aber bekanntlich das Zentrum nicht immer diese Auffassung vertreten und vielfach Absteige von den Regierungsforderungen vorgenommen. Es gilt also, die Forderungen wieder einzufrieren und zu beweisen, daß die Forderungen für weltpolitische Zwecke nur soweit berechtigt sind, als sie dem Zentrum

in seine Politik passen. Dem Verfasser macht das keine Schwierigkeit. Er erklärt:

„Dabei verlangen wir aber, daß die kühle Ueberlegung gewahrt bleibt, daß Maß gehalten und Rücksicht auf unsere allgemeine und finanzielle Lage genommen wird. Freunde, die in einer großen europäischen oder weltpolitischen Verwicklung mit Kraft und zur Seite stehen können und wollen, haben wir nicht, wohl aber zahlreiche und mächtige Feinde. Der Krieg in Ostasien kostete bis jetzt gegen 300 Millionen Mark, von denen nur ein Teil erstattet wird. Der Krieg gegen die aufständischen Schwarzen in Südwestafrika kostet, abgesehen von dem deutschen Blute, das den Sand dort tränkt, weit größere Summen und diese werden niemals zurückfließen. Das deutsche Volk wird auch diese Opfer auf sich nehmen, verlangt aber, daß in unsere Kolonialverwaltung endlich einmal eine einwandfreie und zielbewußte Leitung einziehe, daß die zahlreichen Vorkommnisse, die in unseren Kolonien den deutschen Namen entehren, für immer unmöglich gemacht werden und auch die Kulturaufgaben des Christentums weit mehr als bisher zur Geltung kommen.“

Der Reichstag hatte also, wie bewiesen, die Verpflichtung, der Regierung die geforderten Mittel zur Verfügung zu stellen. Die neuen Steuern, die diese Mittel bringen sollen, nimmt Herr Jäger der Reihe nach vor. Zuerst die von der Regierung vorgeschlagene Tabaksteuer. Das erscheint sonderbar, denn diese Steuer ist bekanntlich abgelehnt worden; sie zählt also nicht mit. Sobald man jedoch das betreffende Kapitel nachliest, wird einem jedoch sofort klar, weshalb Herr Jäger sich auch mit der Tabaksteuer beschäftigt: sie bildet nämlich für ihn ein treffliches Demonstrationsobjekt, um den Zentrumsarbeitern zu zeigen, wie sehr sie als Produzenten durch die von der Regierung vorgeschlagenen Steuererhöhungen geschädigt worden wären und wie väterlich deshalb das Zentrum für sie sorgte, als es diese Vorschläge ablehnte.

Aber, wenn die Tabaksteuer die Tabakarbeiter als Produzenten schädigt, so nicht minder die Zigarettensteuer die in der Zigarettenindustrie beschäftigten Arbeiter. Diese Folgerung zu ziehen, soweit reicht jedoch Herrn Jägers Konsequenz nicht. In seinen Ausführungen über die Zigarettensteuer kommt der Arbeiter als Produzent, als Lohnempfänger gar nicht in Betracht; nur zum Schluß des Kapitels erwähnt er nebenbei, daß die Regierung zugesagt habe, die Steuerbehörde solle auf die Heimarbeit und die Kleinbetriebe die größtmögliche Rücksicht nehmen.

Die von unserer Partei gestellten Anträge, die Zigarettenarbeiter, die durch die Steuererhöhung und ihre Folge, d. h. die zu erwartende Verbrauchseinschränkung arbeitslos werden, zu entschädigen, fertigt Herr Jäger mit folgender Neuherung ab: „Die Sozialdemokraten wollten zuerst die Heimarbeit ganz verboten haben und als dies im Interesse der Arbeiter selbst vom Reichstage abgelehnt worden war, beantragten sie Entschädigung der durch dieses Gesetz arbeitslos Gewordenen. Auch dieser Antrag mußte abgelehnt werden, weil der Zusammenhang der Arbeitslosigkeit mit diesem Gesetz sehr schwer einwandfrei festzustellen ist, weil die Annahme des Antrages zu unübersichtlichen Folgerungen führen würde und weil überhaupt eine derartige Maßregel bisher noch niemals ins Auge gefaßt und durchgeführt wurde.“

In der Reichstags Sitzung vom 7. Mai d. J. hatte er noch einen anderen Grund. Er sagte nach dem Stenogramm: „Ich glaube, die Verhältnisse liegen nicht so, daß man die Leute entschädigen muß; denn so gefährlich ist die Sache nicht, wie die Herren sagen, und außerdem können wir schon wegen der Konsequenzen nicht auf die Frage eingehen.“

Recht charakteristisch für die Vertreter des „katholischen Volkes“. Wenn auch eine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos wird, so ist das nicht so gefährlich; sie müssen sich dann eben andere Arbeit suchen. Dagegen jammert Herr Jäger über die Belastung der Landwirtschaft durch die Reichserbschaftsteuer. Wenn also z. B. ein Neffe von seinem Onkel (Kinder zahlen diese Steuer nicht) ein Rittergut erbt, das ihm jährlich 10 000 Mark Reinertrag abwirft, dafür eine einmalige Erbschaftsteuer von 17 000 Mark zahlen muß, so ist das nach des Verfassers Begriff schädlicher für die christlich-katholische Kultur, als wenn eine Reihe Arbeiter durch Arbeitslosigkeit in das bitterste Elend gerät.

Ebenso bequem findet sich übrigens Herr Jäger mit dem Antrag unserer Genossen im Reichstage ab, die noch in manchen Städten und Ortsteilen zugunsten des Gemeindefiskus erhobenen örtlichen Biersteuern abzuschaffen. Er erklärt einfach:

„Ein sozialdemokratischer Antrag, den Gemeinden die Erhebung örtlicher Abgaben vom Bier zu unterlagen, wurde am 1. Mai abgelehnt mit dem Hinweis darauf, daß nach den Erfahrungen diese gemeindliche Bierbesteuerung keine Erhöhung und ihre Abschaffung keine Ermäßigung des Bierpreises bisher zur Folge gehabt.“

Am meisten bekümmert den Verfasser die Reichserbschaftsteuer, und er hält deshalb, um ihre Berechtigung zu beweisen, auch ein erneutes Zurückgehen auf die katholische Staatsrechtler für nötig, indem er ausführt, daß das Privateigentum nach der christlichen Auffassung auch „sittliche Pflichten“ habe, und zu diesen die „Abführung von Leistungen“ an den Staat gehöre, der das Privateigentum schütze und ihm durch diesen Schutz erst den größten Teil „seiner Produktivität“ verleibe. Auch widerspreche, wie fälschlich behauptet werde, die Erbschaftsteuer keineswegs dem Wesen der Familie, denn auch

die Familie habe sittliche Pflichten usw. Dann zieht Herr Jäger gegen den Erbschaftsteuerantrag der Sozialdemokraten vom Leder:

„Die Sozialdemokraten wollten die Erbschaftsteuer bedeutend verschärft haben und stellten daher in der Kommission und im Plenum entsprechende Anträge. Dabei wollten sie nicht bloß die großen Vermögen belasten, sondern griffen schon stark in die Reihen der Minderbemittelten und Arbeiter hinein; eine Erbschaft von 2001 M. sollte (Antrag Nr. 36) bereits 1 Proz. bezahlen. Bei einem Gesamtvermögen von 25 000 M., also bei einem mittleren Bauer (nach süd- und westdeutschen Verhältnissen), sollte die Steuer bereits 4 Proz. betragen. Dabei war nirgends Rücksicht genommen auf die Zahl der Kinder, die sich in so kleine Erbmassen zu teilen hätten. Bei einer Erbmasse von 1—5 Millionen erreichte die Steuer 14 Proz., bei 10 Millionen ihr Ende mit 16 Proz. Der Ertrag war auf 160 Millionen geschätzt. Die Sozialdemokraten hätten also die kleinen Vermögen sehr schwer und die größeren mäßig belastet. In den minderbemittelten Schichten in Stadt und Land wären dadurch Fleiß und Sparsamkeit, zumal das Streben nach Grundbesitz oder wenigstens einem Häuschen ertötet worden.“

Herr Jäger findet also, der Antrag der Sozialdemokraten hätte die kleinen Vermögen zu schwer, die größeren zu mäßig belastet, und er führt als Beweis an, daß nach diesem Antrage ein Nachlaß im Werte von 2001 bis 3000 Mark bereits 1 Proz., also 20 bis 30 Mark Steuer zahlen müßte. Das stimmt. Doch nach dem vom Zentrum befürworteten und angenommenen Gesetz beginnt die Steuerpflicht bereits bei 501 Mark und beträgt für leibliche Eltern, für voll- und halbblütige Geschwister, sowie für Abkömmlinge ersten Grades von Geschwistern 4 Proz., für entferntere Verwandte 6 bis 10 Proz. Es sind also schon für 501 Mark je nach dem Verwandtschaftsgrade 20 bis 50 Mark zu zahlen, während der sozialdemokratische Antrag diese Erbschaftsmasse ganz frei läßt und erst bei 2001 Mark mit einer Abgabe von 20 Mark beginnt.

Dagegen werden die großen Erbschaftsmassen durch die Sätze des sozialdemokratischen Antrages weit höher belastet. Nach ihm hätte z. B. ein Vermögen von einer halben Million Mark zunächst eine Abgabe von 60 000 Mark und dann, falls es an entferntere Seitenverwandte oder Nichtverwandte fällt, noch 5 bis 10 Proz., von 440 000 Mark, also im Höchstfalle 104 000 Mark zu zahlen, während nach dem angenommenen Gesetz im Mindestfalle nur 40 000 Mark, im Höchstfalle 100 000 Mark an Erbschaftsteuern zu entrichten sind.

Es ist demnach echt pfäffische Spekulation auf die Einfalt seiner Leser, wenn Herr Jäger die Behauptung aufstellt, der sozialdemokratische Antrag hätte die kleinen Vermögen sehr schwer und die größeren mäßig belastet. Der wahrheitsliebende Herr hat anscheinend bei seinem Rechenexempel Leser vorausgesetzt, auf welche die Zensur zutrifft: „Religion gut, Kopfrechnen schwach.“

Selbstverständlich hebt Herr Jäger, um die katholischen Großbauern mit der Erbschaftsteuer auszuföhnen, nachdrücklich hervor, daß der Landwirtschaft im Gesetz allerlei Vorteile eingeräumt worden sind:

„Die Landwirtschaft erhält im Gesetze besondere Erleichterungen. Zunächst wird der Wertzuwachs des Erben nach dem Ertrags- und nicht nach dem Verkehrswert bestimmt. Als Ertragswert gilt das 2/3 des Reinertrags. Darin liegt eine bedeutende Herabsetzung der Wertsumme. Dann wird diese Summe noch um ein Viertel ermäßigt und weiter wird in der Regel eine zehnjährige Stundungsrück gegeben, d. h. die Steuer wird in zehn Jahresraten ohne Zins bezahlt. Wird innerhalb einer bestimmten kürzeren Zeit ein Landwirtschaftsgut wieder vererbt, so tritt eine Ermäßigung der Steuer ein.“

Zum Schluß leiht sich Herr Jäger einen kleinen Ausfall gegen die von sozialdemokratischen und freisinnigen Abgeordneten beantragte Reichseinkommen- und Reichsvermögensteuer. Beide sind ihm höchst unsympathisch, besonders aber die Ansicht, diese Steuern müßten so hoch angesetzt werden, daß auf die Reichseinnahmen aus der Zuder- und Salzsteuer, dem Petroleumzoll usw. völlig verzichtet werden könne. Als Grund führt er an:

„Die Erbschaftsteuern, in direkter Form aufzubringen, müßten also sehr tief unten bereits kräftig einsehen und mit sehr hohen Sägen oben enden. Das bedeutet die Erötigung jeder Sparsamkeit, jeden Strebens und des wirtschaftlichen, geistigen und technischen Fortschrittes. Geistige Energie und Kapitalbildung sind aber die Grundlagen aller Kultur!“

Während Herr Jäger vorhin fand, daß der sozialdemokratische Erbschaftsteuerantrag die großen Vermögen zu mäßig belastet, findet er hier, daß die Reichseinkommen- und Reichsvermögensteuer sie zu hoch belasten. Ein komisches Argumentationspiel. Erklärlich ist allerdings diese seine Abneigung. Die Reichseinkommen- und Reichsvermögensteuer würde die Kosten der Welt- und Flottenpolitik den Erverbschächten aufladen, die von dieser Politik den größten Nutzen haben. Diese Lasten zu übernehmen, verspüren jene Schichten aber nicht die geringste Reizung. Sie beanspruchen für sich nur die Vorteile, nicht die Kosten der von ihnen propagierten Weltpolitik. Die Ausfrierung der Mittel überlassen sie großmütig der breiten Masse. Die Belastung des Konsums durch Zölle und Ver-

Fränkischen ist deshalb nach der nationalliberalen und konservativen wie nach ultramontaner Steuerpolitik weit reichlicher, als die Einführung einer Reichseinkommen- und Reichsvermögensteuer, die „mit sehr hohen Sähen oben enden“.

## Die Revolution in Russland.

„Juden und Ausländer sind es meist“ . . .

Die „Rascha Schlen“ veröffentlicht in Nr. 486 vom 14. d. M. folgenden Geheimartikel des Stabs der Gardekorps des Petersburger Militärbezirks:

„Verwaltung des General-Quartiermeisters.  
18./31. März 1906.

Der Generalstab teilt mit, daß Seine Majestät der Kaiser zu Befehlen geruht, die Truppenkommandeure zu benachrichtigen, daß eingegangenen Meldungen zufolge die jüdische revolutionäre Organisation „Der Bund“ die Absicht hat, durch die Rekruten eine regierungsfremde Agitation im Heere einzuleiten.

Dies zur Information und zur Ergreifung von Verfügungsmaßnahmen.  
Der Bezirks-General-Quartiermeister der Suite Seiner Majestät Generalmajor Rauch.“

Dasselbe Dokument veröffentlicht auch die „Mysl“, und schon früher wurde ein ähnliches Rundschreiben des Wilnaer Militärbezirks vom Generalkomitee des „Bundes“ im „Vorwärts“ veröffentlicht. Die Regierung weiß ganz genau, daß nicht nur der „Bund“, sondern auch die „christlichen“ sozialistischen Parteien Militärorganisationen gründen und die Soldaten zum Freiheitskampfe heranziehen, es wird aber noch allwissendem Rufes den Soldaten eingepaukt, daß Rebellionen nur von „Juden und Ausländern“ gemacht werden. So bearbeitet man die Soldaten für Judenprogrome.

### Vorsicht! Ein amtliches Dementi!

Petersburg, 18. Juli. Die Meldung, daß ein Teil der hiesigen Schulpolizei in den Ausland getreten sei, bestätigt sich nicht. Wichtig ist vielmehr nur, daß in einem Stadteile, nach anderen Meldungen in vier Stadtteilen, die Schulpolizei Forderungen gestellt und erklärt haben, sie würden im Falle der Richterfällung in den Ausland treten.

### Duma.

Petersburg, 17. Juli. (Schluß.) Die Sitzung wird um 8 1/2 Uhr wieder aufgenommen. Die Redner sprechen nur je 5 Minuten. Die sehr lebhafte Stimmung des Hauses wird noch mehr erregt unter dem Eindruck der Rede des Abgeordneten Lednig, der beantragt, auf das Volk ein Manifest zu richten. Die Reichsduma dürfe nicht warten, bis Dörfer und Städte in Flammen ständen und das ganze Land der Anarchie verfallt. (Stürmischer Beifall auf der äußersten Linken, Juruse im Zentrum und auf der Rechten.) Lednig erklärt, der Vorschlag, ein Manifest zu erlassen, entspringe seiner eigenen Initiative, nicht derjenigen irgend einer Gruppe. (Erneuter Beifall auf der Linken.)

Im weiteren Verlaufe der Sitzung suchen mehrere Redner der Kadettenpartei nachzuweisen, daß der Appell der Duma nichts Revolutionäres in sich schließe. Die Duma wolle nur dem amtlichen Communiqué entgegenreten, in welchem die Regierung sich weigert, dem Prinzip der Zwangsenteignung von Grund und Boden zuzustimmen. Der Abgeordnete Dornikow bemerkt, für den Erlaß eines Manifestes an das Volk sei es noch nicht an der Zeit; ein Manifest müßte wie die letzte Skizze angesehen werden, die dem Künstler in Gehote steht und die er erst im Moment der höchsten Not verschiebt. Das Regierungcommuniqué enthalte Falsches und sei voll von Verleumdungen.

Die Duma ging dann zu den für dringend erachteten Interpellationen über. Um 11 Uhr abends wurde die Weiterberatung auf Donnerstag verlagert.

### „Nach Beendigung der Feldarbeiten —“

Petersburg, 18. Juli. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Minister des Innern Stolypin beabsichtigt, die Aufhebung des Kriegszustandes und des verstärkten Schutzes in vielen Gegenden des Reiches sofort nach Beendigung der Feldarbeiten anzuzeigen.

### Neue Agrar-Maßnahmen.

Sobrow (Gouv. Woronesch), 17. Juli. (B. Z. W.) Im Kreise Sobrow dauern die Agrararbeiten an. Die Wälderung von Äckern, die im Norden begann, griff schnell um sich und erstreckt sich jetzt auf ein Gebiet von 200 Werst. Die Gutsbesitzer sind von Panik ergriffen und flüchten. Auf einigen Äckern gab es tote und verwundete Gosiern wurden etwa 20 Hühner ins Gefängnis abgeführt. Der Gouverneur ist mit Kosaken und Dragonern hier eingefetroffen. Die entstandenen Verluste werden auf Millionen geschätzt.

### Von der Marine.

Petersburg, 18. Juli. Wie die Blätter melden, haben sich die Mannschaften des 5. Marinebataillons in Kronschtadt geweigert, am Begräbnis des Admirals Tschukin teilzunehmen.

In Sewastopol hat am Dienstag unter dem Vorsitz des Generals Andrejew die Verhandlung der Seelictsgenichte gegen die erste aus 96 Mann bestehende Gruppe der an den Militärmanövern in Sewastopol im November 1905 beteiligten Matrosen begonnen. Die Admiralsarbeiter sind, um ihrer Sympathie mit den Angeklagten Ausdruck zu geben, in den Ausstand getreten, die Handlungsgeschehen haben sich ihnen angeschlossen. Der Straßenbahnverkehr löst, die Patrouillen sind überall verstärkt worden.

### Briefsperrre über Offiziere.

Petersburg, 18. Juli. Alle an die Offiziere des ehemaligen ersten Bataillons des Preobraschenski-Regiments eintreffenden Briefe werden erst von einem dem Bataillon zugeordneten Genbarmerie-Mitglied geöffnet und gelesen.

### Der Mann mit dem „Pour le mérite“.

Bei einer solchen in St. Petersburg stattgehabten Konferenz hat man sich dafür ausgesprochen, die Verhandlungen gegen den General Stössel nicht öffentlich zu führen. Die Voruntersuchung hat so belastendes Material ergeben, daß dem General Stössel Todesstrafe droht! —

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Juli.

### Stadtverordnete als Grundstückspekulanten.

Frankfurt, den 18. Juli.

In der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. kam es jüngst zu einer sonderbaren Entrüstungskomödie. Der Magistrat und der Tiefbauausschuß der Stadtverordnetenversammlung unterbreiteten den Stadtverordneten eine Vorlage, welche die Aufhebung einer städtischen StraÙe und den Verkauf des StraÙenterrains an die Adlersradwerke vorm. Meyer u. Co. befristete. Die fragliche StraÙe, die südliche Kriegstrasse, führt durch die Werkanlagen der genannten Firma und verbindet auf eine beträchtliche Strecke als einzige Querstrasse zwei mit einander parallel laufende VerkehrsstraÙen. Die Anwohner dieser beiden StraÙen erklärten sich gegen die Einziehung der Kriegstrasse, weil dieselbe für den dortigen Verkehr notwendig sei. Diese Ansicht vertrat in der erwähnten Stadtverordneten-Versammlung auch der sozialdemokratische Stadtverordnete Genosse Zielowsky. Schon in einer früheren Sitzung hatte er sich ähnlich geäußert. Damals hatte der Magistrat Einziehung der StraÙe und Veräußerung des Terrains an die Firma

Meyer für 35 M. pro Quadratmeter beantragt, die Stadtverordnetenversammlung hatte die Sache an den Tiefbauausschuß verwiesen und dieser hatte zugestimmt, aber eine Erhöhung des Preises auf 55 M. pro Quadratmeter in Vorschlag gebracht, als zu allgemeiner Ueberraschung der Magistrat erklärte, er ziehe die Vorlage zurück. Nach etwa sechs Wochen brachte er dann die Vorlage wieder ein und befristete nun einen Preis von 42 M. pro Quadratmeter; dieser Befristung schloß sich sonderbarer Weise jetzt auch der Tiefbauausschuß an. Dabei hat die Firma Meyer für Gelände in unmittelbarer Nähe der Kriegstrasse 70—80 M. gezahlt.

Bei der Beleuchtung dieser Tatsachen und Vorgänge gebraucht nun Genosse Zielowsky die Wendung, er habe die Empfindung, daß geheime kapitalistische Interessen dabei im Spiele seien. Diese Äußerung entsetzte sofort den lebhaftesten Widerspruch der bürgerlichen Stadtverordneten, worauf Genosse Zielowsky erwiderte, die Herren brauchten sich nicht so zu entristen, das sei doch nichts Unmögliches; sei es doch öffentliches Geheimnis, daß selbst Stadtverordnete geheime und öffentliche Grundstückspekulationen trieben. Man verhehre doch nicht den ganzen Tag in den Cafés mit Kaffern, nur um sich über das Wetter zu unterhalten.

Von allen Seiten fielen nun die bürgerlichen Stadtverordneten über den Genossen Zielowsky her und forderten Beweise und Namensnennung. Bei dieser Entrüstungskomödie brachte man auch zugleich das Verdrehungskunststück fertig, die Sache so darzustellen, als habe Genosse Zielowsky gesagt, bei der Kriegstrassenangelegenheit hätten Stadtverordnete die Hand im Spiele gehabt. Die bürgerlichen Herren Stadtverordnete stellten sich so empfindlich, daß sie es für notwendig hielten, den Senatorenkonvent zu beauftragen, als besondere Kommission zu fungieren, um die „Anklagen“ des „Verleumders“ zu untersuchen und dem Plenum dann Bericht zu erstatten.

Der Senatorenkonvent hat sich darauf in vier Sitzungen mit der Angelegenheit beschäftigt und das Resultat seiner Untersuchung in einem gedruckten Berichte an die Stadtverordnetenversammlung dargelegt, es dieser überlassend, ob und welche Schlüsse sie aus dem Material ziehen will. Dieser Bericht enthält zunächst eine Verwahrung gegen das ganze Untersuchungsverfahren eingelegt von dem sozialdemokratischen Mitgliede des Senatorenkonvents, Genossen Dr. Quard, dem sich Genosse Zielowsky angeschlossen hat. Nachdem dann zunächst festgestellt ist, daß Genosse Zielowsky erklärt hat, die Wendung von den Grundstückspekulationen einzelner Stadtverordneter nicht in bezug auf die Kriegstrassenangelegenheit gebraucht zu haben, folgt in dem Bericht die Aufzählung der vom Genossen Zielowsky vorgebrachten, sich besonders gegen den mittelhändlerischen Stadtverordneten Bracht richtenden Einzelbeweise für die Behauptung, daß Stadtverordnete Grundstückspekulationen betrieben haben. Es handelt sich dabei um Beschaffung von Hypothekengeldern gegen ungewöhnlich hohe Provisionen. Zu diesen Dingen bemerkt selbst das Lokalblatt der Frankfurter Freisinnemokratie: „Wäre Herr Bracht unser Parteigenosse, so würden wir sagen, daß uns seine geschäftlichen Praktiken in keiner Weise zusetzen, und daß wir seine weitere Tätigkeit als Stadtverordneter nur dann für zulässig hielten, wenn er sich von den Vorwürfen, die sein privates Verhalten treffen, zu reinigen vermag.“

Genosse Quard hat einen Minderheitsbericht des Senatorenkonvents erstattet, der gleichfalls gedruckt vorliegt. In demselben ist u. a. auf eine Äußerung des beschuldigten Stadtverordneten Bracht hingewiesen, „daß man doch nicht alles in die Verträge schreibe“. Schließlich legt der Minderheitsbericht dar, daß die enge Verquickung öffentlicher und privater Interessen und ihre fortwährende Mobilisation im Wesen der heutigen Gesellschaftsordnung begründet sei und deshalb notwendigerweise auch bei den städtischen Grundstückspekulationen hervortreten müsse.

Diese Berichte des Senatorenkonvents sind auf die Tagesordnung der auf heute abend angeordneten Versammlung des Stadtverordnetenkollegiums gesetzt worden. Allem Vorausgegangenem nach und nach dem Aufheben, das die bürgerliche Presse von der ganzen Sache gemacht hat, dürfte es bei der Diskussion über die Berichte zu größeren Auseinandersetzungen zwischen unseren Genossen und der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit kommen. Auch ist nach verschiednenen Andeutungen in der Presse zu erwarten, daß seitens unserer Genossen noch weiteres Material für die Behauptung Zielowskys, daß Stadtverordnete Grundstückspekulationen getrieben haben, beigebracht werden wird.

Wir werden über den Verlauf der Sitzung und den Ausgang der Affäre weiter berichten. —

### „Post“-Lügen vor Gericht.

Die „Post“ hatte Mitte Juni auf Grund der Informationen ihres Schönhusen die Lüge in die Welt hinausposaunt, die famosen Briefe des Kriminalhauptmanns Gemler, Nr. 8814, die uns aus Brüssel zugegangen waren und die wir pflichtschuldigst zur Kennzeichnung derer um Schönhusen veröffentlicht hatten, seien in Wahrheit von einem Briefträger unterschlagen und uns zugestellt, der arme Mann sei von uns ins Unglück gestürzt, siehe in Dasi usw.

Demgegenüber hatten wir festgestellt, daß allerdings ein Briefträger unter dem völlig unbegründeten Verdacht, uns die aus Brüssel zugehenden Briefe rechtswidrig abemittelt zu haben, verhaftet war; es habe sich aber die vollkommene Sündlosigkeit des Mannes herausgestellt; der Ende März verhaftete Briefträger sei bereits deshalb am 29. Mai außer Haft entlassen. Unter Anklage gestellt sei er allerdings wegen eines in keinerlei Beziehung zu irgend einer Zeitung oder Partei stehenden Vergehens, nämlich der Nichtbestellung einiger offener gedruckter Preisofferten einer Verkaufsfirma. Die „Post“ sah sich nicht veranlaßt, ihre völlig unberechtigten Angriffe gegen den Beamten zurückzunehmen, sie vertrödelte auf das gerichtliche Verfahren gegen den Briefträger und faselte von neuem von einem „sozialdemokratischen Geheimdienst“, den sie entdeckt haben wollte.

Die Verhandlung gegen den betreffenden Briefträger, Schellengowski mit Namen, hat am 18. d. M. stattgefunden. Vergeblich haben wir bisher in der „Post“ nach einem Bericht über die Verhandlung gesucht. Die gestrigen Abendblätter mit Ausnahme der „Post“ berichten über die Verhandlung. In der Verhandlung hat sich vollinhaltlich bestätigt, was wir mitgeteilt haben. Bei Schellengowski wurden 27 Stück Klebamerendungen gefunden, die er schon mehrere Tage in seinem Besitz hatte, ohne sie zu bestellen. Der Postbote gab an,

die Briefschaften aus Bequemlichkeit nicht abgetragen zu haben, und wiederholte sein Geständnis vor Gericht. Die geringste Strafe für ein solches Vergehen beträgt nach dem Strafgesetzbuch 3 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate Gefängnis. Die Strafkammer erkannte auf 5 Monate Gefängnis und rechnete 1 Monat der Untersuchungshaft auf die Strafe an.

Selbstverständlich wird die „Post“ mit ihren „Enthüllungen“ über den Geheimdienst der Sozialdemokratie fortfahren, ihre Leser über die Frage hinwegzuläuschen, die wir an den Hintermann der „Post“ abermals stellen:

Weshalb werden die im Reichstage enthüllten Verbrechen Schöne- u. Brochusen nicht verfolgt? Welcher Grund liegt vor, die offensbaren Verbrechen der Urkundenfälschungen und der Bestechung zum Landesverrat nicht zu verfolgen?

Vielleicht läßt sich die „Post“ von ihrem Hintermann Hiescher Auskunft geben. Ist dieser hierzu nicht in der Lage, so wende die „Post“ sich an einen ihr bekannten Kriminalkommissar, der in Geschäftsbeziehungen zu einem zurzeit in der Irrenanstalt Dach wegen Geisteskrankheit internierten Geldvermittler gestanden hat. —

## Deutsches Reich.

### Zur Reichstagswahlwahl im 18. hannoverschen Wahlkreis.

Die „Alln. Ztg.“ plädiert an der Spitze ihrer Abendnummer vom 17. dieses Monats dafür, daß bei der Erstwahl für den durch den Tod des nationalliberalen Abgeordneten Sattler erledigten 18. hannoverschen Wahlkreis (Stadt-Brämervörde) freisinnige und nationalliberale von vornherein gemeinsam vorgehen, d. h. daß die Freisinnigen auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichten und bereits bei der Hauptwahl für den nationalliberalen Kandidaten eintreten, damit die „Stoßkraft des Bürgerturns“ erhöht und ähnliche Ueberraschungen wie in Altena-Herolohn vermieden werden. Das Blatt schreibt:

Durch das Hinscheiden Sattlers ist im 18. hannoverschen Wahlkreis, der die Stadt Stade, Kreis und Stadt Brämervörde, Kreis Lehe und Kreis Blumenthal umfaßt, eine Reichstagswahl nötig geworden. Der Wahlkreis ist seit dem Jahre 1867 immer nationalliberal vertreten gewesen, und zwar meist von dem großen Führer der Partei, Herrn v. Benningsen. Nur in der Zeit von 1881 bis 1884 hatten die Freisinnigen den Wahlkreis inne, deren Kandidat Dr. Wendt dadurch siegte, daß in der Stichwahl die Welsen sich geschlossen auf seine Seite schlugen. Die Parteigeschichte des Kreises zeigt im übrigen ein stetiges Sinken der welschen, aber auch ein ebenso stetiges Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen. Im letzten Wahlkampf im Jahre 1903 erhielten die Freisinnigen die Nationalliberalen 4108, die Sozialdemokraten 5084 Stimmen. An dritter Stelle folgten die Freisinnigen mit 3524, an vierter die Welsen mit 2138 Stimmen. Außerdem hatte sich der Bund der Landwirte noch eine Sonderkandidatur gestattet, mit der er es auf 1918 Stimmen brachte. In der engeren Wahl wurde dann Sattler mit der großen Mehrheit von 12 223 Stimmen gewählt, während der Sozialdemokrat seine Stimmzahl durch welschen Zuwachs nur auf 7178 erhöhte.

Der kommende Wahlkampf wird, wie sich aus diesen Zahlen ergibt, eine neue Probe für die parteipolitische Stellung des Freisinnigen sein. Nach den Theorien, die er für Altena-Herolohn aufgestellt hat, müßte er die Kandidatur der Nationalliberalen, die einen altangestammten Sitz verteidigen, deren Kandidat bisher immer an der Spitze der Kandidaten gestanden hat, im Interesse des gesamten Liberalismus gleich im ersten Wahlgang unterstützen, also von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten Abstand nehmen. Denn auf das erbitterte tadelt der gesamte Freisinn die nationalliberale Kandidatur in Herolohn, wo die Nationalliberalen nur um 297 Stimmen hinter den Freisinnigen zurückgeblieben waren; in Stade erzielte der Freisinn etwa die Hälfte der für Sattler abgegebenen Stimmen. Die Stoßkraft des Bürgerturns gegen die Sozialdemokratie würde es natürlich bedeutend erhöhen, wenn auch der Landbund, der nur eine Jähkandidatur aufstellen könnte, mit den Nationalliberalen gemeinsame Sache machte.

Ob die Freisinnigen sich auf diese nicht gerade von übermäßiger Bescheidenheit zeugende Forderung der Nationalliberalen einlassen, werden ja die nächsten Wochen lehren. Nach ihrem Auftreten im Wahlkreise Hagen-Schwelm, in dem morgen die Nachwahl stattfindet, haben die Nationalliberalen keinen sonderlichen Anspruch darauf, daß ihnen die Freisinnigen bedingungslos die geforderten Schlepplisten leisten. Vielleicht finden sich diese in ihrem Ohnmachtgefühl jedoch trotzdem zu jedem Verzicht bereit. —

### Schwindelhafte Auskünfte.

Wir hatten dieser Tage nach einem Artikel der „Kreuzzeitung“ die ungeheuerliche Tatsache gebremst, daß nach den Kämpfen am Waterberg wohl an 40 000 Hereros, darunter 30 000 Frauen und Kinder, dadurch dem Tode des Verschmachtens überliefert worden waren, daß ihnen jedes Entkommen aus der Dmaheke durch eiserne Absperrung unmöglich gemacht worden war.

Die „Berliner Neueste Nachrichten“ begnügen sich nicht damit, den „Vorwärts“ den „erregten Freund der Boyer und Herero“ zu titulieren, sondern sie versuchen durch den frechsten Schwindel die Ungeheuerlichkeit der Trothaschen Ausrottungsstrategie zu entschuldigen. Das Blatt schreibt nämlich:

Wenn ein Mittel möglich wäre, die Herero zur Niederlegung der Waffen zu zwingen, würde es gewiß vorgezogen werden. Aber der Guerillakrieg ist ein Vernichtungskrieg, in dem es noch schlimmer zugeht als im Feldkrieg. Das mag traurig sein, aber es ist nicht zu ändern.

Die „Berliner Neueste Nachrichten“ wagen es also so darzustellen, als ob nach den Kämpfen am Waterberge den deutschen Truppen keinerlei Möglichkeit gegeben gewesen wäre, durch andere Mittel als durch die vollkommene Ausrottung der Herero den Krieg abzukürzen. Diese Darstellung ist der denkbar dreifache Schwindel. Tatsache ist vielmehr, daß General Trotha gar nicht daran dachte, durch Unterhandlungen die geschlagenen und flüchtenden Hereros zur Unterwerfung zu bewegen. Im Gegenteil, die Trothasche Strategie ging darauf aus, den flüchtenden Hereros jede Möglichkeit der Kapitulation abzuschneiden und sie der Vernichtung preiszugeben. Er ließ er doch damals die thatsam bekannten Erlasse, durch die jedem Herero das Niederstehen angedroht wurde, der nicht schleunigst die Landesgrenzen verlasse, gleichviel ob er bewaffnet oder unbewaffnet angetroffen werde. Ja sogar den Frauen wurde dieser Tod des Niederstehens angedroht. Diese Androhung „milderte“ Trotha dann in einem Befehl an seine Truppen dahin, daß die Frauen und Kinder nicht direkt niedergeschossen werden sollten, man möge über ihre Köpfe hinwegziehen, dann würden sie schon davonlaufen.

General Trotha hinderte also direkt die Herero an der Kapitulation. Er trieb sie, wie er selbst zugegeben hat, mit der vollen Absicht in die Wüste, um sie dort dem Tode des Verschmachtens preiszugeben. Und trotz dieser allbekanntesten Tatsache wagen die „Berliner Neueste Nachrichten“ diese Ausrottungsstrategie noch durch schwindelhafte Entstellungen des wahren Sachverhalts zu entschuldigen! —

**Klerikale Toleranz.** Herr v. Studt hatte am 4. Juli im Herrenhaus die erblichen Befehlsmänner beschworen, doch die Schulvorsorge nicht zum Scheitern zu bringen, da sonst diejenigen die lachenden Dritten sein würden, die das „Prinzip der christlichen Volksschule“ bekämpfen. Der durch die völlige Schulverfassung gegen Eltern, Schüler und Lehrer geübte Gewissenszwang genügt aber manchem geschäftigen Zentrumspräsidenten noch nicht. Sie möchten die Geistesfreiheit radikal ausgerottet und am liebsten ein neues Inquisitionstribunal errichtet sehen. Fordert doch ein geistlicher Mitarbeiter der „Trierischen Landes-Ztg.“:

„Donach scheint doch auch die preussische Regierung im Prinzip an der christlichen Volksschule festhalten zu wollen. Dann aber soll sie auch nicht dulden, weder öffentlich, noch im Geheimen, daß der Glaube an Christus als den Sohn Gottes offen oder versteckt gelynget oder als mit der modernen Wissenschaft nicht mehr vereinbar hingestellt wird.“

Daß sich solche klerikale Annahmen überhaupt hervorwagen, beweist, wie mächtig den Dunkelmännern durch ihre Erfolge auf dem Gebiete der staatlich geförderten Volkserziehung der Kamm geschwollen ist.

### Zum Wahlrechtskampf in Leipzig.

Wegen die weitere Verschlechterung des Leipziger Gemeindevahlrechts hielten am Montagabend die Leipziger Genossen sieben große Protestversammlungen ab, in denen sämtlich eine scharfe Resolution gegen die geplante Wahlrechtsänderung angenommen und zugleich die Forderung der Einführung des allgemeinen gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts unter Anwendung des Verhältniswahlrechts erhoben wurde.

Wie zum Jahre 1893 bestand in Leipzig das gleiche Wahlrecht. Als aber 1899 die zunehmende Stimmenzahl die Möglichkeit sozialistischer Wahlerfolge erkennen ließ, ja, als klar wurde, daß die drei künftigen Wahlgänge sogar eine sozialistische Mehrheit bringen könnten, da erdrohte das sogenannte liberale Bürgertum das gleiche Wahlrecht. Es wurde ein Dreiklassenwahlrecht eingeführt und für die dritte Klasse ergab sich eine besondere Wahlkreis-einteilung. Die Sozialdemokratie sollte im günstigsten Falle nur zwölf Stadtverordnete erlangen können. Aber die Wahlstrategen hatten sich verrechnet. Bereits bei der Wahl von 1904 stieg die Zahl der sozialdemokratischen Mandate auf 19 und beim Fortbestand des jetzigen Wahlrechts würde nach 1906 nur noch eine bruchige Säule Zeugnis ablegen können von der verflochtenen bürgerlichen Herrschaft in der dritten Wahlklasse. Die übrigen 23 Mandate würden nach 1906 definitiv von der Sozialdemokratie erobert werden. Darum planen jetzt die liberalen Ordnungstüchtigen die Einführung eines veränderten Wahlrechts, durch das die Wähler in sechs Gruppen geteilt werden, von denen durch einen hohen Wahlschuss vier Gruppen ausschließlich den Personen mit einem Einkommen von über 3000 M. gesichert sind.

Es ist dieselbe Erfindung, die wir in anderen Städten beobachtet. Sobald die Vertretung der Arbeiterklasse derart an schwelt, daß sie der unerschämten Interessenpolitik der bürgerlichen Mächtigsten hinderlich wird, gehen die „liberalen Grundbesitzer“ und die Bekämpfer des liberalen Aufklärungs greifen zu Wahlmanipulationen und Wahlrechtsverschlechterungen.

**Eine Verfassungsverletzung.** Die „Freisinnige Zeitung“ beschuldigt die Regierung einer Verfassungsverletzung, nämlich der eigenmächtigen Aenderung des § 8a der Novelle zum Brauseweingesez. Nach dem Beschlusse des Reichstages in dritter Lesung beginnt diese Paragraf mit folgenden Worten:

„Die Steuer beträgt für jeden Doppelzentner des nach § 3 Absatz 2 berechneten Gesamtgewichts der in einem Rechnungsjahre steuerpflichtig gewordenen Braustoffe.“

Dieser Satz hat die Regierung geändert. In Nummer 31 des „Reichsgezetts“ pro 1906 auf Seite 623 wird dem ersten Absatz von § 8a willkürlich folgende Wortfassung gegeben:

„Die Steuer beträgt für jeden Doppelzentner des nach § 3 Absatz 2 berechneten Gesamtgewichts der in einem Brauereibetrieb innerhalb eines Rechnungsjahres steuerpflichtig gewordenen Braustoffe.“

Diesem Wortlaut entsprechend wird denn auch im „Reichsgezettsblatt“ Nummer 32 das „Brauseweingesez vom 3. Juni 1906“ publiziert.

In beiden Fällen sind die Worte „Brauereibetrieb innerhalb eines“ gegen alles Verfassungsrecht eingeschaltet worden. Zu solchen Aenderungen, wie sie hier vorgenommen worden sind, war ein neuer Akt der Gesetzgebung erforderlich. Eine einseitige Aenderung des vom Reichstag beschlossenen Wortlautes stand den verblühten Regierungen nicht zu. Verantwortlich für diese willkürliche, verfassungswidrige Aenderung des vom Reichstage beschlossenen Wortlautes ist der Reichshofsekretär zur Verantwortung zu ziehen, wird Aufgabe des Reichstages sein. Jedoch hat die Sache noch eine andere Seite. Sie zeigt, wie kolossal oberflächlich die Reichstagsmehrheit bei ihren Steuergezettsvorstellungen gearbeitet hat. Ohne das vom Reichshofsekretär eingefügte Einschleichen leidet tatsächlich der Paragraf 8a an einer bedenklichen Unklarheit, zumal weiterhin im zweiten Absatz desselben Paragrafen auf die Bezeichnung „Brauereibetrieb“ Bezug genommen und dieser näher definiert wird. Tatsächlich haben denn auch anfangs im Entwurf die vom Reichshofsekretär eingeschobenen drei Worte gestanden; sie sind aber bei der in der zweiten Lesung vorgenommenen Aenderung verschwunden, ohne daß einer der weisen Thebaner aus der Reihe der Steuerluser den Fehler bemerkt hätte. Die verfassungswidrige Aenderung des Gezetzes durch Herrn v. Stengel findet also eine Entschuldigung durch die Leichtfertigkeit der steuerwärtigen — Reichstagsmehrheit.

### Gärung an der deutsch-afrikanischen Grenze.

Aus London wird gemeldet: Bedrohlich lautende Nachrichten über die Lage in Uganda sind von Mitgliedern der Africa-Expedition des Herzogs der Abruzzi nach Rom gelangt. In den Telegrammen heißt es, daß der Ausbruch erster Unruhen in Uganda bevorsteht. Die dortigen britischen Militärbehörden haben den Herzog der Abruzzi gewarnt, er solle in Anbetracht der unter den Eingeborenen herrschenden Erregung beim Durchzuge durch das Land auf seiner Hut sein. Die Eingeborenen rüsten zum Aufstande. Die Männer üben sich im Gebrauch von Feuerwaffen, wobei sie von den Frauen angepörrt werden. Zu Ende August erwartet man erste Ereignisse.

Die Uganda wohnen in Britisch-Ostafrika zwischen Albert-Nyanza und Viktori-Nyanza an der Grenze Deutsch-Ostafrikas. Käme der Aufstand zum Ausbruch, so wäre es höchstwahrscheinlich, daß auch die benachbarten Stämme in Deutsch-Ostafrika mit in die Erregung hineingezogen würden. Die ganze Lage in unserer ostafrikanischen Kolonie erscheint nach dieser Meldung noch kritischer, als sie es ohnehin ist.

### Ausland.

#### Oesterreich.

##### Die Wiener Postbediensteten

sind in eine Bewegung eingetreten. In der „Volkshalle“ fand dieser Tage eine Versammlung statt, die von 2000 Postunterbeamten besucht war. Die Diskussion war eine äußerst stürmische. Aus den Reden und Zwischenrufen ging hervor, daß die Beamten es müde sind, auf die Verprechungen der Regierung zu warten und sich den bürgerlichen Parteien weiter anzuvertrauen. Von den eingeladenen parlamentarischen Klubs war nur der sozialdemokratische durch den Abgeordneten Schumacher vertreten, der versprach, im Abgeordnetenhaus nach Möglichkeit für die Postbediensteten zu wirken. Es wurde

mitgeteilt, daß eine freie Organisation der Postbediensteten in Gründung begriffen ist.

### Ungarn.

#### Hungerstreik.

In Bács (Waihen) hängen zumeist die sozialdemokratischen „Länder“ ihre Gefängnisstrafen ab. Der neue Gefängnisdirektor, eine hervorragende Stütze des neuen Regimes, hat sich mit aller Gewalt in den Kopf gesetzt, die dort internierten sozialdemokratischen und nationalitätlichen „Heger“ eines Besseren zu belehren. Seine Willkür wollten sich die Gefangenen nicht gefallen lassen, zumal da ihnen sogar das Briefschreiben verboten wurde. Sie beschloßen daher einen Hungerstreik, den sie auch durchführten, indem sie 60 Stunden hindurch weder Nahrung noch Wasser zu sich nahmen! Diesen nicht alltäglichen Streik haben unsere Genossen siegreich bestanden, da die bisherige Gefängnisordnung wieder in Kraft getreten ist.

„Wolffs Bureau“ meldet hierzu:

Budapest, 18. Juli. Der Justizminister wurde heute von dem Abgeordneten Mezosi über den von vier sozialistischen Gefangenen in der Strafanstalt von Bács veranstalteten Hungerstreik interpelliert. Hierauf erklärte der Minister, daß die Streikenden sich nicht der Hausordnung hätten fügen wollen, die den Gefangenen die Absendung agitatorischer Artikel für Zeitungen verbiete. Die Gefangenen hätten auch sehr bald den Hungerstreik eingestellt.

### Schweiz.

#### Einkünfte!

Lausanne, 18. Juli. (S. L. V.) Das Bundesgericht bewilligte einstimmig die Auslieferung des nach der Schweiz geflüchteten Russen Belezow, der mit einer 19 Köpfe starken Bande, deren Haupt er war, am 20. März die Moskauer Kreditgesellschaft auf Gegenleistung ausgeraubt hatte. Die Auslieferung wird jedoch von der Bedingung abhängig gemacht, daß Belezow nicht wegen irgend welcher politischer Vergehen verfolgt wird.

An dergleichen Bedingungen hat sich die russische Regierung nie gehalten — wir erinnern nur an den Fall der Auslieferung unseres Genossen Leo Deutsch. Aber das Schweizer Bundesgericht stolpert über solche „Zwangsbedingungen“ schon lange nicht mehr.

### Italien.

#### Orgien der Unwissenheit.

Rom, 16. Juli. (Fig. Ver.) Dem „Corriere delle Puglie“ wird aus Frigiano, einem kleinen Orte Apuliens, von einer furchtbaren Rausch berichtet, die dort am Vormittag des 13. Juli ausgebrochen ist. Es hatte sich dazwischen die Nachricht verbreitet, es sei eine Kommission aus Rom eingetroffen, die — die schönsten Kinder des Ortes schlachten lassen wollte, um ihr Blut der Königin zu bringen, die an Blutarbeit leide! Die schauerliche Wäre fand Glauben unter den unwissenden Frauen, die sich aufmachten, um ihre in der Schule befindlichen Kinder zu retten. Ihnen schlossen sich die Männer an, mit Senfen und Messern bewaffnet, und so zogen sie vor das Schulhaus. Zum Glück waren die Lehrer so klug, die Kinder sofort zu entlassen. Die Rasende warfen sich die Eltern nun auf das Rathaus, um der vermeintlichen Kommission den Gehorsam zu machen. Der Tumult dauerte etwa zehn Minuten, war aber geradezu schreckenerregend. Nur mühsam gelang es den Behörden und den Carabinieri, die erregte Menge zur Räumung zu bringen.

Wieviel Unrecht muß man einer Bevölkerung abgezapft haben, wieviel Unrecht ihr zugefügt haben, damit im zwanzigsten Jahrhundert solche Schreckensgeschichten bei ihr Glauben finden können!

### England.

#### Englands „Abrüstung“!

London, 18. Juli. Die „Daily Mail“ aus Alexandria erzählt, ist von London aus an den Oberbefehlshaber der Wehrmacht erlassen worden, die wichtigsten Garnisonen Ägyptens und des Sudans unterzählig durch sachverständige Offiziere untersuchen und von diesen einen gutachtlichen Bericht erstatten zu lassen über die Möglichkeit der Unterbringung weiterer britischer Truppen. Der Generalstab und die Heeresverwaltung in Kairo arbeiten mit Hochdruck und man hofft, binnen kurzem die Zahl der Truppen derart vernehmen zu können, daß jeder Versuch panislamischer politischer Agitatoren, einen Aufstand unter den ägyptischen Fellachen-Truppen hervorzurufen, unentwickelt wird.

### Ägypten.

#### Kolonial-„Humanität“.

Nach Meldungen aus Kairo sind von den wegen der Mißhandlung eines englischen Offiziers ausgepeitschten Eingeborenen zwei an den Folgen der Peitschenhiebe gestorben!!

### Amerika.

#### Das kriegerische Guatemala.

New York, 18. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein Telegramm aus San Salvador meldet, daß, trotzdem Cabrera mit dem Präsidenten von Mexiko ein Uebereinkommen geschlossen hat, die Feindseligkeiten während der Friedensverhandlungen einzuhalten, die Guatemalaner die Arme von Salvador am Montag bei Metapa und am Dienstag wieder bei Platanar angegriffen haben. In beiden Gefechten blieben die Salvadoraner siegreich.

## Aus der Partei.

**Eine Totenfeier in Gartha** hielten die sächsischen Genossen am Dienstag ab, um das Andenken unseres letzten Sommerabend verstorbenen Genossen Karl Grünberg zu ehren. Von nah und fern, mit Eisenbahn, auf dem Fahrrad, zu Fuß waren Teilnehmer in reicher Zahl erschienen. In Gartha selber hatten die Fabriken um 4 Uhr geschlossen, damit die Arbeiter an der Feier teilnehmen konnten. Der Zug, der die Leiche vom Krankenhaus nach dem Bahnhof geleitete, wird auf 900 bis 1000 Personen geschätzt. Die Feuerbestattung fand in Gartha statt.

Die Trauerfeier in Gartha begann am Abend um 7 Uhr. Sie wurde mit Gesang eröffnet. Dann gedachte der Kreisvertrauensmann, Genosse Thate, des Verstorbenen in schlichten Worten. Nach ihm hielt Genosse Prädorf, einem Wunsche des Verstorbenen gemäß, die eigentliche Beerdigung. Es waren vertreten die Reichstagsfraktion durch fünf Mitglieder, das sächsische Zentralkomitee, drei Agitationskomitees, die Redaktion der „Volkstimme“ und sechs sächsische Reichstagswahlkreise, besonders stark natürlich der zehnte. Unzählige Kranzspenden und zahlreiche Telegramme legten Zeugnis ab von den Sympathien, deren sich Karl Grünberg in der Partei erfreute.

Vom Interparlamentarischen Sozialistischen Komitee meldet Wolffs Bureau:

London, 18. Juli. Die Zusammenkunft des Interparlamentarischen Sozialistischen Komitees fand gestern unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Vorsitzende Keir Hardie begrüßte die Delegierten, besonders den Russen Anfin. Einkünfte wurde die Umänderung des Namens des Komitees in „Interparlamentarisches Sozialistisches und Arbeitskomitee“ angenommen. Die Besprechung der Frage einer Umgestaltung des Komitees, durch welche der Bezug auf die europäischen Parlamente Einfluß verliehen werden soll, wurde auf die Zusammenkunft des nächsten Jahres, die in Stuttgart stattfinden wird, verschoben.

Die „Herold“ mitteilt, sind 80 Delegierte erschienen. Aus Württemberg hatten wir kürzlich über das am 1. Juli verübte hochnotpeinliche Konstitutionsverfahren an den Reichstag weiter dortigen Genossen zu berichten. Heute können wir hinzufügen, daß auch die neuen Gläser, die von den Württembergern natürlich sofort nach der Beschlagnahme angebracht wurden, am

Sonntag, den 15. d. M., vom Herrn Amtsvorsteher und seiner Garde gleichfalls konfiszirt worden sind! Auch der Bierhahn mußte dran glauben. Nur die von einzelnen Genossen nach der ersten Konfiskation gekauften und demzufolge Privatbesitz darstellenden Beidel entgingen dem Bescheid der Konfiskation; dem Privatbesitz ist auch in Württemberg einzuweilen noch heilig.

Das nächste Mal soll der Herr Vorsteher samt Gemeindefeldner und Gendarmen photographisch vereivigt werden, wenn sie sich wieder einfinden, um das amtliche Glaselager von Württemberg weiter zu vergrößern.

## Soziales.

### Polen für die dänischen, Reger für die deutschen Agrarier.

Kopenhagen „Sozialdemokraten“ nimmt auf Grund eines Telegramms der „Nationaltidende“ davon Notiz, daß die deutschen Agrarier jetzt begonnen haben, Reger als Landarbeiter zu importieren, und bemerkt dazu u. a.:

„Also nun werden Reger in Deutschland eingeführt, wegen des großen Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitern. Aber von demselben Deutschland werden die verlaunten und verhungerten Landarbeiter, die hier in Dänemark unter dem Namen Polacken bekannt sind, ausgeführt. Sie werden ausgetrieben, weil sie den deutschen Großgrundbesitzern noch zu teuer sind, und in Dänemark eingeführt, wie unsere Agrarier sagen, wegen des großen Mangels an landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Aber dieselbe dänische Landwirtschaft treibt die dänischen Landarbeiter aus. Jedes Auswandererzweig führt dänische Landarbeiter mit sich, die der Hunger fortreibt. So rücksichtslos brutal arbeitet die kapitalistische Zwischmühle.“

Es wird sodann erzählt, wie kürzlich am frühen Morgen auf der Eisenbahnstation in Aarhus vier deutsch-polnische Landarbeiterinnen, die wegen Mißhandlung und Hungerlohn einem dänischen Agrarier entlaufen waren, in mitteleiderregendem Zustande angetroffen wurden. Sie reisten zurück nach Deutschland, um hier mit den Regern zu konkurrieren.

In dem Artikel, der „Ein Bauer“ unterzeichnet ist, heißt es weiter:

„Man braucht keinen Trost von revolutionären Plündern in den Aern zu haben, um zu erkennen, daß es so nicht weitergehen kann! Diejenigen, die arbeiten, arbeiten Hunger, Lumpen, Schande und Ueberanstrengung! Die, die antreiben, schwelgen in raffinierten Genüssen! Unter diesen Bedingungen können wir nicht fortbauend das Land bebauen. Sie sind unerträglich roh, himmelschreiend ungerecht!“

Die deutschen Gutbesitzer führen Reger in die europäische Landwirtschaft ein! Wenn der Plan gelingt und wenn er sich erfüllt, ist es als ob man die unglücklichen deutschen Landarbeiter zur Revolution treibt.“

So der dänische Bauer. Für die deutschen Kleinbauern und Landarbeiter wächst die Notwendigkeit, den politischen Organisationen der Sozialdemokratie und dem gewerkschaftlichen Verein der Fabrik-, Land- und Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands beizutreten, um der Junkerausbutung ein Paroli zu bieten. Bekanntlich plant der genannte gewerkschaftliche Verein, zum großen Entsetzen unserer Agrarier, den Landarbeitern den Eintritt durch eine besondere Sektion für Landarbeiter zu erleichtern.

## Aus Industrie und Handel.

### Zur Geschäftslage in der Textilindustrie.

Zu Beginn des Jahres 1906 waren die Ansichten über die Entwicklung der verschiedenen Branchen der Textilindustrie recht geteilt. Für das Wollegewerbe wurde ein sehr günstiges Jahr in Aussicht gestellt; selbst von den neuen Fellen befürchtete man keine Störung des Beschäftigungsgrades. Im Baumwoll- und Seidengewerbe dagegen war die Beurteilung etwas pessimistisch. In der Baumwollindustrie wurde eine Steigerung des Garnexports aus England, Rußland und Oesterreich nach dem 1. März befürchtet, die bei der stark vermehrten Spindelzahl Deutschlands eine höchst schädigende Konkurrenz in Aussicht stellte. Im Seidengewerbe bildete wiederum die Vorliebe des Publikums für ganz leichte, billige Seidenstoffe und der durch diese Geschmacksänderung erwirkte Gewinnersatz den wunden Punkt in dem Zukunftsbild.

Nachdem nunmehr die Hälfte des Jahres verstrichen ist, läßt sich schon mit ziemlicher Sicherheit feststellen, wie weit die erwähnten Urteile zutreffend waren. Der Beschäftigungsgrad ist nach Ablauf des ersten Halbjahres in allen Zweigen der Textilgewerbes noch so strotz wie in keiner Vergleichszeit seit einer langen Reihe von Jahren; der Beginn des zweiten Halbjahres, der gewöhnlich unter dem Zeichen der stillen Saison, der Betriebs-einsparungen und Arbeiterentlassungen zu stehen pflegt, brachte diesmal für alle Textilarbeiter eine Fortdauer der lebhaften Beschäftigung. Wie der Beschäftigungsgrad, so hat sich auch die Rentabilität im laufenden Jahre gegenüber dem Vorjahre wesentlich gebessert; dank der guten Aufnahmefähigkeit des Inlandmarktes blieb die befürchtete schlimme Wirkung der neuen Fellen bisher aus.

**Verlängerung des Hoheisenfundats.** Die „Allnische Zeitung“ meldet: Nachdem eine Verständigung zwischen dem Hoheisenfundat, dem Lübecker Hoheisenwerk und dem Eisenwerk Kraft erzielt worden ist, wurde das Hoheisenfundat nunmehr bis Ende 1907 mit der Maßgabe vorläufig verlängert, daß es am 1. Juli 1907 gelündigt werden kann.

Der Deutsche Erzgrubenverband beabsichtigt, wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, den Zusammenschluß der einzelnen deutschen Erzgruben zu Betriebsgesellschaften in die Wege zu leiten. In diesen Betriebsgesellschaften sollen zwar die einzelnen, ihnen angehörenden Gruben eigene Werkskonten behalten und so selbständig bleiben; dagegen sollen die Betriebsgesellschaften die Erzeugung von Kraft, die Zufuhr der Betriebsmittel sowie eventuell auch den Vertrieb der Erze für ihre Mitglieder übernehmen.

**Ernte-Aussichten in Ungarn.** Der Saatenstand in Ungarn verspricht eine reichliche Ernte. Nach dem amtlichen Bericht des Ackerbauministeriums ergeben sich folgende Schätzungen: Weizen 46,48, Roggen 13,10, Gerste 13,06, Hafer 11,70 Millionen Hektarzentner gegen 42,87, 13,74, 13,06 und 11,70 Millionen Hektarzentner des faktischen Ertrages des Vorjahres. Die Entwicklung sämtlicher Nachfrüchte im Landesdurchschnitt ist sehr gut. Ueberaus günstig sieht die Zuckerrübe, Tabak, Gartengewächse und Hülsenfrüchte verprechen ein reiches Ertragnis. Futter ist reichlich vorhanden.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgebung.

Die Alampner der Firma S. Grabert, Köpenickerstr. 70a, haben, wie schon gemeldet, die Arbeit niedergelegt wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen. Es wurden an Lohn 85 Pf. Mindestlohn ein Jahr nach Beendigung der Lehrzeit verlangt, vorher sollte der Lohn 67½ Pf. betragen. Weiter forderben die Arbeiter Lieferung von Werkzeug, von Waschkleinigkeiten (Seife und Handtuch), Reineinwaschen der Kleider und eine Verschiebung der Arbeitszeit. Die Firma subskribiert Automobil-Aktien. In allen gleichartigen Betrieben werden bedeutend höhere Löhne gezahlt. Die Firma hat bei den Verhandlungen so ziemlich alles abgelehnt. Lohn wollte die Firma gnädigst 80 Pf. sofort, 62½ Pf. in vier Wochen und für Jungausgelernte nach freier Vereinbarung geben. Die vier Wochen will die Firma ebenfalls bezahlen, Beweismittelungen für die Arbeiter

Bergzweigen, die nach Ablauf dieser Zeit in die höhere Lohnklasse einreihen würden. Die weiteren Forderungen lehnt die Firma mit banalen Redensarten ab. Der Meister hat noch so einen kleinen Junzopf; der ihm aber durch den Zusammenhang der Arbeiter schon etwas gekostet werden dürfte. — Vor Zugzug wird gewarnt.

**Der Lohnkampf der Glaser** nimmt einen für die kämpfenden durchaus günstigen Verlauf. Die Tätigkeit der Streikbrecherkolonnen, welche die Unternehmer aus Kleinmeister und Lehrlingen gebildet haben, wird durch die Solidarität der Bauhandwerker fast in allen Fällen verhindert. Zu diesem Zweck haben die Bauhandwerker auf folgenden Bauten die Arbeit niedergelegt: Eidenackerstraße 4 (Lichtenberg), Heinerdorferstraße 15/16, Bau Stuhner, Ecke Dreifelderstraße, Essenerstraße 10, Saale- und Zeislerstraße (Ecke Mitzdorf), Bau Rammusen (Glaseri von Helle), Donaustraße (Mitzdorf), Kottbuserdamm (Schlosser), Sedanstraße 47/48 (Weissensee), Verteladorferstraße, Ecke Jahnsstraße (Mitzdorf), Pragerplatz 2/3. — Die Arbeitsniederlegung hat in allen Fällen den Erfolg gehabt, daß die Streikbrecher abziehen und die Arbeit der Ausgesperrten liegen lassen mußten. — Es arbeiten bis jetzt mehr als 200 Glaser zu den neuen Bedingungen. Eine Anzahl von Firmen, bei denen es den Großunternehmern gelungen war, die Materialsperrung zeitweise durchzuführen und deshalb die bei ihnen Beschäftigten gestern entlassen, werden in den nächsten Tagen wieder weiter arbeiten lassen. Die Bauhandwerker werden ersucht, darauf zu achten, daß nur solche Glaser auf den Bauten arbeiten, die im Besitz einer roten Arbeitsberechtigungskarte mit Wochenmarke sind.

**Steinfeger!** Die Sperre über die Firma Hauschild, Friedrichsfelde, ist hiermit aufgehoben, da dieselbe den Schiedspruch der Schlichtungskommission anerkennt hat.

Die Schlichtungskommission. J. A. W. Wagner.

Die diesjährige **Volksbewegung** im Friseurgewerbe nimmt schärfere Formen an. In den Jahreshenden sieht man sich die Barbierherren etwas genauer an. So ist in einzelnen Bezirken der Ausschluß aus der Partei über diejenigen selbständigen Barbier beantragt, welche die Forderungen der Gehältnisse nicht anerkennen. Es macht sich ja dann auch nach jedem Jahrsende die Wirkung bemerkbar. Die Zahl der unterschrieben anerkannten Forderungen ist auf 100 gestiegen. Insbesondere ist in den Vororten eine Zunahme der Bewilligungen zu verzeichnen. Es ist deshalb auch das Verlangen der Arbeitgeber nach Verträgen bemerkbar. In Weissensee und Wriezener Hof schwanden diesbezügliche Verhandlungen. In Köpenick ist ein Vertrag zustande gekommen. Seine Unterschift zurückgezogen hat in Köpenick der Arbeitgeber Joh. Glöcknerstr. 30. Die Geschäfte, die bewilligt haben, sind kenntlich durch ein von der Straße sichtbares weißes, mit rotem Rand versehenes Plakat. Die Gehältnisse müssen im Besitz einer ebensolchen Kontrollkarte sein. Dieselbe ist nur gültig, wenn laufend gestempelt.

Verband der Friseurgehülften.

**Achtung, Bretterträger und Plagarbeiter!** Die Bretterträger und Plagarbeiter der Firma Kottbus und Knauer befinden sich im Streit. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Ortsverwaltung Charlottenburg.

**Achtung, Fensterputzer!** Der Streit bei der Firma Patenge u. Müller dauert unverändert fort. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter. Die Sektionsleitung.

### Deutsches Reich.

#### Der neue Buchbinder-Tarif.

Auf Dienstagabend hatte die Streikleitung eine Delegiertenversammlung der Buchbinderbranche noch Augustinus Restaurant in Berlin einberufen, um zunächst die Vertrauensmänner der Berufsstellen vom Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig zu unterrichten und ihre Meinung darüber zu hören. Das, was die Vertreter der Ausgesperrten berichten mußten, war nicht geeignet, Zufriedenheit zu erwecken. Mißmut und Entrüstung über den neuen Tarifvorschlag kamen im Verlaufe der Sitzung in leidenschaftlicher Form zum Ausdruck. Es fehlte auch nicht an den bei mangelnden oder halb mangelnden Lohnbewegungen leider regelmäßig auftauchenden Beschuldigungen gegen die leitenden Personen, Verrat oder dergleichen verübt zu haben. Die Vertreter der Ausgesperrten gaben sich alle Mühe, den Versammelten klar zu machen, daß sie in Leipzig nach bestem Wissen und Gewissen ihre Pflicht getan, daß aber die Verhältnisse härter waren als ihr guter Wille, so daß sie schließlich nach langem Sträuben schweren Herzens entschlossen, den Tarif unter Vorbehalt der Zustimmung der Versammlungen der Verbandmitglieder zu unterzeichnen. Daß die Verhandlungen mit den Prinzipalen von dem früheren Verbandvorsitzenden Dietrich angeknüpft wurden, hat seinen Grund darin, daß in Stuttgart immer noch eine gewisse Fühlung zwischen den Ausgesperrten und den Prinzipalen bestand, und daß, als der Buchbindermeister Grönlain der dortigen Streikleitung anheimgestellt, mit dem Hauptvorstand des Prinzipalvorstandes in Leipzig Verhandlungen anzubahnen, Dietrich, als Vorsitzender der Stuttgarter Streikleitung, als die geeignetste Person dazu erschien und dann auch von einer am 8. Juli abgehaltenen Konferenz der drei Tarifstädte dazu auserwählt wurde. Zu den Verhandlungen selbst wurden dann je drei Vertreter der Ausgesperrten von Berlin und Stuttgart und sechs von Leipzig delegiert, abgesehen von Dietrich, dem einzigen Vertreter des Buchbinderverbandes, mit dem die Prinzipale verhandeln wollten. Es kostete viel Mühe, die Prinzipale, die doch erklärt hatten, den Buchbinderverband nicht mehr anzuerkennen und keine Verbandmitglieder mehr beschäftigen zu wollen, zu bewegen, die drei ebenfalls erschienenen Vertreter des Verbandvorsitzenden zu den Verhandlungen zuzulassen und endlich den Buchbinderverband anzuerkennen. Dies wurde jedoch vollständig erreicht und in dem ersten Paragraphen des Tarifvertrages wie folgt festgelegt:

Der Arbeitgeberverband gewährleistet den Arbeitern seiner Mitglieder vollständige Koalitionsfreiheit und erkennt hiermit ausdrücklich den Arbeitnehmerverband als Organisation seiner Arbeiter an.

In einem anderen Paragraphen wird dann die Festsetzung des Koalitionsrechtes wiederholt, jedoch mit einer gewissen Einschränkung, und zwar so:

Der Arbeitgeberverband gewährt allen Arbeitern und Arbeiterinnen, die in den Betrieben der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes beschäftigt sind, vollständige Entschuldigkeitsfreiheit betreffend den Eintritt in den Arbeitnehmerverband. Der Arbeitnehmerverband erklärt und verspricht ausdrücklich, jede Agitation zur Werbung von Mitgliedern innerhalb der Geschäftsräume der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes zu unterlassen.

Darauf folgt ein Paragraph, der den Wunsch der Arbeitgeber ausdrückt, daß in den einzelnen Betrieben „Geschäftsmissionen“ eingesetzt werden, die verpflichtet sind, Beschwerden über Verstöße gegen den Tarif und über sonstige Mißstände den Geschäftsleitungen mitzuteilen und die Beschwerden, wenn nötig, vor dem Tarifschiedsgericht und schließlich vor dem Tarifamt zu vertreten.

Die größte Unzufriedenheit erregten die bei den Verhandlungen erzielten oder vielmehr die nicht erzielten Lohnerhöhungen. Hierüber besagt der Tarif zunächst, daß die Arbeitgeber „freiwillig“ Erhöhungen der Akkordlöhne für das Halbjahr zugestehen wollen, die durch die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes unter Hinzuziehung von Facharbeiterinnen beraten und festgestellt werden. Der Berliner Sonderarif für Rührer- und Wäckerarbeiten soll jedoch unverändert bestehen bleiben, so daß also jene Erhöhungen nur für Leipzig und Stuttgart vorgehen sind. Die Minimallohnbedingnisse der geübten Arbeiterinnen, mit Ausnahme der Spezialarbeiterinnen, sollen vom 1. Mai 1907 ab um 1 Pf. erhöht werden, die der Arbeiter, welche sich im sechsten Jahre ihrer Berufstätigkeit befinden, vom selben Tage ab um 2 Pf., und dann am 1. Mai 1909 wieder um 2 Pf.

Der Tarif selbst soll auf zirka fünf Jahre (!) gelten, und zwar bis zum 30. April 1911. Während dieser Zeit soll der Buchbinderverband seine Mitglieder anweisen, auf alle beim Streit aufgestellten Forderungen, soweit sie nicht durch diesen Vertrag bewilligt sind, zu verzichten, besonders auch auf die Freigabe des ersten Mai.

Eine weitere Bestimmung des Vertrages besagt, daß jährlich mindestens vier gemeinschaftliche Sitzungen der Vorstände des Arbeitgeber- und des Arbeitnehmerverbandes stattfinden sollen, wo über Angelegenheiten des Tarifes, sowie über dessen Innehaltung und Einführung beraten werden soll. Anträge auf Änderungen des Tarifes sollen hier jedoch nur insoweit gestellt werden, als es sich um provisorische Festsetzung neuer Positionen oder um Änderungen handelt, die durch Veränderung der Arbeitsmethoden oder durch Einführung neuer Maschinen notwendig erscheinen. Die Vertretung des Buchbinderverbandes bei diesen gemeinschaftlichen Sitzungen soll aus acht gelernten Buchbindern bestehen, von denen fünf in fester Stellung bei Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes befinden müssen.

Die Arbeitgeber haben bekanntlich bei der Aussperrung als Grund, weshalb sie den Buchbinderverband nicht mehr für vertragsfähig erachteten, auch angeführt, daß dieser Verband, ohne ihrem Verband Mitteilung zu machen, in anderen Städten Tarifverträge abgeschlossen habe mit geringeren Löhnen als die in den drei Tarifstädten bestehenden. Um dagegen gesichert zu sein, wurde nun in den Tarif folgender Passus eingefügt:

Zur endlichen allgemeinen Durchführung des Tarifes verpflichtet sich der Arbeitnehmerverband, Sondertarife weder in den drei Tarifstädten noch in anderen Städten des Deutschen Reiches abzuschließen, ehe nicht diese Verträge dem Arbeitgeberverband vorgelegt sind. Der Vorstand des Arbeitnehmerverbandes verspricht, innerhalb drei Monaten Abschriften von allen bisher abgeschlossenen und noch in Kraft befindlichen Verträgen, soweit sie zu seiner Kenntnis gelangt sind, dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes einzureichen. Außerdem sind nach Abschluß neuer Verträge auch diese alsbald einzureichen. Der Arbeitgeberverband hat den Wunsch, nach Kräften zur Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse in allen Orten beizutragen. Dies ist ihm aber nur möglich bei einer vertrauensvollen Zusammenarbeit beider Verbände. Diese vertrauensvolle Zusammenarbeit soll durch die Bestimmungen dieses Paragraphen herbeigeführt werden.

Zur Sicherung des Friedens innerhalb der Berufstätten nach Wiederaufnahme der Arbeit soll folgender Paragraph dienen:

Der Arbeitnehmerverband verspricht, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß die während des Streites in Arbeit gestandenen Arbeiter und Arbeiterinnen unbehelligt bleiben. Ebenso verspricht der Arbeitgeberverband, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen unbehelligt bleiben.

Schließlich enthält der Tarifvertrag folgende Bestimmung über die Wiedereinstellung der Ausständigen:

Der Arbeitnehmerverband nimmt davon Kenntnis, daß infolge der während des Streiks notwendig gewordenen zahlreichen Neueinstellungen eine Anzahl der Streikenden in den Betrieben der Mitglieder des Arbeitgeberverbandes zunächst nicht wieder beschäftigt werden können. Andere Neueinstellungen werden nicht eher wieder vorgenommen, bis die Streikenden in den Betrieben eingestellt sind.

Es ist leicht begreiflich, daß diese Bestimmungen sowohl wie die Bestimmungen über die Löhne, die Tarifdauer usw. zu heftigen Debatten in der Sitzung Veranlassung gaben. Von den Teilnehmern an den Verhandlungen mit den Prinzipalen wurde angeführt, daß ja diese Verhandlungen noch nicht als endgültig abgeschlossen anzusehen seien und Wünsche der in den drei Städten stattfindenden Versammlungen noch Berücksichtigung finden könnten. Eine strikte Ablehnung des Tarifes und Fortsetzung des Kampfes sei, namentlich auch mit Rücksicht auf die Kollegen in den Provinzstädten und in den anderen Branchen des Verbandes, nicht zu empfehlen. Die Redner und Rednerinnen aus den Reihen der Werkstattdelegierten sprachen jedoch fast alle entschieden für Ablehnung des Tarifes. Nach der heftigen Debatte, die bis Mitternacht dauerte, beschloß die Sitzung, die in Leipzig getroffenen Vereinbarungen in ihrer jetzigen Form abzuschließen.

Inzwischen hat auch eine von 2500 Personen besuchte Versammlung der in der Buchbinderbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Leipzig sich mit der Angelegenheit beschäftigt und den Vertrag ebenfalls gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Der von den Unternehmern vorgelegte Vertrag enthält Bedingungen, die nur erlöse- und feige Arbeiter annehmen können, wir nicht, so lauteten die Ausführungen der Diskussionsredner, die von der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen wurden. Die Streikleitung hatte sich, um die Ansicht der Mitglieder allein zum Ausdruck kommen zu lassen, jeder Meinungsäußerung enthalten.

Obgleich die Generalkommission und die Verbandsleitung den Ausgesperrten die Annahme des Vertrages empfahlen, wurde er mit Annahme folgender Resolution abgelehnt:

Die Versammlung erklärt, daß das Resultat der Einigungsverhandlungen in keiner Weise geeignet ist, einen ehrlichen Frieden zu garantieren. Das beweisen die Inzertate der Prinzipale, die Arbeitskräfte suchen, um die im Auslande befindlichen Arbeiter auf der Straße liegen zu lassen.

Der Zentralvorstand wird beauftragt, durch erneute Verhandlungen weitere Zugeständnisse von den Unternehmern zu erlangen. Als Termin für den Ablauf des Tarifes muß der 31. August festgehalten werden. Es müssen Garantien für die Auszahlung der rückständigen Löhne gegeben werden. Ferner ist es unbedingt erforderlich, daß sämtliche Minimallohne schon vom 1. September 1906 an erhöht und den Arbeiterinnen, sowie allen im Stunden- und Wochenlohn Arbeitenden nach 2 Jahren eine Zulage oder prozentualer Lohnzuschlag gewährt wird. Eine nach gemeinsamer Durchsicht vorzunehmende Befreiung der im Tarif enthaltenen Mängel ist dringend notwendig. Den Ausgesperrten müssen die alten Plätze eingeräumt werden. Sind die Prinzipale nicht bereit, auf dieser Grundlage dem Frieden zuzustimmen, dann verzichten die Versammelten auf den Abschluß eines für sie zum Teil unwürdigen Tarifvertrages.

Sämtliche Former der Firma A. E. Voigt (Inh. Senfleben), Eisengießerei und Maschinenfabrik in Zudenwalde, haben wegen Differenzen mit der Geschäftsleitung die Kündigung eingereicht. — Zugang ist fernzuhalten.

Mit einem vollen Siege endete der Streit der Holzträger im Duisburger Hafengebiet. Neun Firmen, darunter die größten und maßgebendsten, haben sowohl den von den Streikenden eingereichten Tarif bewilligt, als auch den Arbeitsnachweis der Arbeiter anerkannt. Es stehen zwar noch vier Firmen mit der Bewilligung aus, doch haben diese auf die Gesamtlage des Arbeitsverhältnisses keinen Einfluss. Zwei der noch ausstehenden Firmen wollen ebenfalls bewilligen, knüpfen jedoch daran den Vorbehalt, daß sie die während des fünfmonatigen Kampfes im Dienst gehaltenen „Arbeitswilligen“ weiter beschäftigen wollen. Da die Holzträger jedoch begrifflicherweise keine Reueigung haben, mit den Leuten zusammen zu arbeiten, die während des Kampfes Streikbrecherdienste geleistet haben, so bleiben vorläufig die vier noch ausstehenden Firmen Emil Rieten, August Rieten, Wintjes und Schulte gesperrt. Ob diese Firmen sich nun über kurz oder lang eines anderen belehren lassen, liegt lediglich in deren Interesse selbst und kommt für den Ausgang des Kampfes nicht mehr in Betracht. Durch die Anerkennung des Arbeitsnachweises haben sich die Holzträger eine gute Position geschaffen. Die Erhöhung des Lohnes auf Grund des neuen Tarifes beträgt etwa 5 bis 6 R. pro Woche. Es muß anerkannt werden, daß die Streikenden von Anfang bis zu Ende der Bewegung sich musterhaft verhalten haben. Als besonders charakteristisch für den günstigen Verlauf der Bewegung verdient noch hervorgehoben zu werden, daß die heran-

geschleppten Massentruppen von Italienern sämtlich nach Aufklärung über den Sachverhalt auf die Seite der Streikenden traten und ihre Agenten im Stich ließen. Selbst ein Trupp Kroaten von 25 Mann erklärte sich mit den Streikenden solidarisch. Nach solchen Proben mußte das Unternehmertum nach fünfwöchentlichem Kampfe die Waffen strecken.

### Eine Massenansperrung im Straßburger Baugewerbe.

Straßburg, 17. Juli. (Fig. Ber.)

Im hiesigen Baugewerbe beginnt morgen eine Aussperrung, die von den tiefgehendsten Folgen für die geplante Bewegung begleitet sein wird. Sie trifft zunächst 1200 Erd- und Bauhilfsarbeiter, wird aber in wenigen Tagen etwa 3000 im Baugewerbe überhaupt tätige Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen haben. Die Vorgeschichte dieser Massnahme der Baugewerksinnung ist folgende: Bereits vor einem Jahre stellten die Erd- und Bauhilfsarbeiter — nachdem eine Lohnbewegung im Vorjahre erfolglos verlaufen war — an die Innung Forderungen auf Erhöhung des Stundenlohnes. Auch damals wurde schon mit der Drohung mit Aussperrung geantwortet. Schließlich aber wurde eine Einigung erzielt auf Grundlage der Stundenlöhne 30 Pfennig für Hochbau- und 33 Pf. für Tiefbauarbeiter. Selbst diese doch gewiß allzu niedrigen Löhne wurden jedoch von den Unternehmern nicht eingehalten. Noch heute werden Löhne von 26 und 27 Pfennig pro Stunde bezahlt. Auch die vereinbarte andere halbstündige Mittagspause wurde keineswegs beobachtet. So richtete denn am 3. April die Organisation wieder neue Forderungen an die Innung, und zwar sah sie sich namentlich angezogen durch die gestiegenen Lebensmittel- und Wohnungspreise gezwungen, einen Lohn von 40 und 50 Pf. zu fordern, den sie nach mehreren Unterredungen auf 37 und 42 Pf. ermäßigte. Die Innung schob aber die Entscheidung bezeichnenderweise immer weiter hinaus, wie sie es auch früher getan hatte, wenn sie sich auf die sommerliche Hochsaison rüsten wollte. Gerade deshalb, weil die Arbeiter durch die vorher gewonnenen Erfahrungen gewarnt waren, ließen sie sich auf die offensibaren und äußerst durchsichtigen Verlockungsmanöver nicht ein, sondern verhängten über die Werkstatt des größeren Bauunternehmers Brückmann die Sperre. Und die Innung antwortete dann auf diese Maßnahme mit der Erklärung, daß sie sich auf weitere Verhandlungen nur einlassen werde, falls die Sperre aufgehoben würde, daß sie aber bei Aufrechterhaltung der Sperre die allgemeine Aussperrung vornehmen würde. Diese Drohung der „Herren im eigenen Hause“, die heute in allen Straßburger Tagesblättern publiziert worden ist, hat in einer noch am gleichen Abend stattgefundenen Massenversammlung unter großer Begeisterung aller Anwesenden die gebührende Erwiderung erhalten: die Zustimmung der schärfmährigen Baugewerksinnung wurde glatt abgelehnt! So tritt denn morgen (Mittwoch) die heute schon teilweise vorgenommene Aussperrung in vollem Umfange in Kraft.

Die Situation ist für die Ausgesperrten sehr günstig, denn die Unternehmerorganisation hat in ihrer Rechnung auf den mangelhaften Zusammenhalt der Arbeiter lediglich den Wunsch als den Vater des Gedankens wirken lassen. Allerdings waren die Erd- und Bauhilfsarbeiter noch vor einiger Zeit schlecht organisiert. Aber die fortgesetzten Reibungen mit der Innung, deren kontinuierliche Provokationen haben dem Verband gerade in den letzten Monaten einen gewaltigen Aufschwung verschafft. Außerdem stehen die vorzüglich organisierten Maurer, Zimmerleute, Steinhauer und Gipser einhellig und solidarisch hinter ihren ausgesperrten Kollegen. Die Stimmung in der heutigen von 1500 bis 2000 Arbeitern besuchten Versammlung läßt gleichfalls keinen Zweifel darüber, daß die Arbeiter nicht weichen werden. Die Drohung mit der Aussperrung verhalte wirkungslos, und die Aussperrung selbst wird sich als ein Schlag ins Wasser erweisen! Außerdem ist auch die gegenwärtige Konjunktur äußerst günstig. Die Bauwirtschaft dürfte wohl mindestens bis in den Oktober große Ansprüche an die Unternehmer stellen. Die gezwungenen Feiertage der 8000 Bauarbeiter werden daher zweifellos unserer Bewegung mehr dienen als denjenigen, die sie zum Märchenmachen der Arbeiter mutwillig hervorgerufen haben.

### Ausland.

**Bergarbeiterstreik in Siebenbürgen.** In dem im Besitz einer preussischen Gesellschaft befindlichen Goldbergwerk Brad (Siebenbürgen) ist heute ein allgemeiner Ausstand ausgebrochen. 1200 Bergarbeiter zogen in die Diktatur Brad, um der Direktion ihre Forderungen bekanntzugeben. Die Gendarmerie bereitete den Massenaufruf, worauf Delegierte der Direktion die Forderungen unterbreiteten. Die Ausgleichsverhandlungen sind bisher erfolglos geblieben. Aus Brad traf Militär ein, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Bisher ist die Ruhe nicht gestört.

### Eingegangene Druckschriften.

„**Kommunale Praxis**“, Wochenchrift für kommunalpolitisch und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. Albert Siedelmann. Verlag Paul Singer, Berlin. Soeben erschien die Nummer 30 dieser Heftchrift. In dem Artikel „Der Aufbruch zum deutschen Gemeindearbeiter-Verband“ zeigt H. Schäfer-Köhl, wie es kam, daß die Innung, als ob sich ein kommunales Arbeiterbeamtentum bilden könne, in den Kreisen der deutschen Gemeindearbeiter verschwinden mußte. Dann behandelt der Herausgeber die Frage, wie die Überwindung zu einer Aufgabe der Gemeinde gemacht werden kann. Ein dritter Artikel bringt eine Kritik des vom Regierungsrat Dr. Raundorf herausgegebenen Handbuchs für städtische Gemeindeverordnungen.

In der Rubrik „Gemeindeverwaltung“ verdient ein Beitrag „Verständigung der Stuttgarter Polizei“ besondere Beachtung; über Finanz- und Steuerwesen, Gesundheits- und Bildungswesen bringt die Nummer ebenfalls reichhaltiges Material, ebenso über das Gebiet der kommunalen Sozialpolitik und der Rechtspflege usw.

Die „Kommunale Praxis“ ist durch alle Buchhandlungen, Zeitungs- und Postämtern zu beziehen. Probenummern werden gratis und franco versandt.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Koloniale Grausamkeiten.

London, 18. Juli. (E. T. B.) Unterhaus. Bezüglich der Grausamkeiten, die den auf englischer Seite stehenden eingeborenen Truppen während der Operation im Zululand zur Last gelegt worden sind, und der Berichte über eine unwürdige Behandlung des Leichnams des Rebellenführers Bambata verlas der Untersekretär des Kolonialamtes Churchill ein von der Regierung in Natal eingegangenes Telegramm, in dem festgesetzt wird, daß während der Operationen etwa 3500 Zululand getötet und 2000 gefangen genommen wurden. Die Regierung habe jedoch keine Mitteilung darüber erhalten, daß die eingeborenen Truppen verwundete Zululand getötet hätten. Es sei möglich, daß sie zu Zeiten, in denen sie von europäischen Offizieren nicht beobachtet gewesen wären, die schwer verwundeten getötet hätten. Der Kommandeur der Miliztruppen habe jedoch die Überzeugung, daß solche Vorkommnisse sich nicht in so ausgedehntem Maße zugetragen hätten wie in früheren Zeiten. In dem Telegramm heißt es weiter, der Leichnam Bambatas sei nur zum Zwecke der Identifizierung enthaupet und der Kopf darauf mit dem Körper befestigt worden. In dem Telegramm wird ferner die Behauptung, daß kein Kadon gegeben worden sei, für unwichtig erklärt und hinzugefügt, den verwundeten Feinden sei von britischen Ärzten Beistand geleistet worden, wo es möglich gewesen sei. Die eingeborenen Mannschaften wurden unter möglichst strenger Kontrolle gehalten. Dagegen stellt darauf eine Reihe von Fragen und erklärt, das Telegramm gebe tatsächlich zu, daß die eingeborenen Mannschaften verwundete getötet hätten. Der Herr Lord bezeichnet das Gescheh in Momehale als ein Schandstück.

Zur Diskussion über den Massenstreik.

Das „Sächs. Volksblatt“ (Zwickau) erklärt, daß sich sein Standpunkt mit demjenigen deckt, der in einer Artikelserie des „Vorwärts“ vertreten worden sei.

Wir haben diesen Ausführungen, die wir vollinhaltlich teilen, weiter nichts hinzuzufügen und sind auch überzeugt, daß in unserem Leserkreis, von dem einen oder anderen Heißsporn abgesehen, niemand ist, der sich die Taktik der Genossen in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, des Bochumer „Volksblattes“, der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ und des Genossen Eisner zu eigen machen möchte.

Auch das „Nordd. Volksblatt“ (Wand) erklärt sich mit dem im „Vorwärts“ vertretenen Auffassung in der Frage des Massenstreiks einverstanden.

Auch jetzt noch sind wir der Ansicht, daß der Kampf um das Landtagswahlrecht, auch um das preussische, gewiß ein vorzügliches Agitationsmittel ist und in energischer Weise geführt werden muß.

Man ist nun in Parteikreisen, wie aus Zuschriften an und hervorgeht, vielfach der Ansicht, daß der politische Massenstreik gewissermaßen eingeschleppt werden müsse, daß also von Zeit zu Zeit gleichzeitig eine Spritzenprobe zu veranstalten sei.

Wir haben den politischen Massenstreik immer als den Anfang vom Ende angesehen, als den ersten Stoß, der von innen heraus dem herrschenden System verfehrt werden muß und meinten deshalb, daß dieser Stoß mit aller Kraft und Rücksichtslosigkeit, ohne die schwersten Opfer zu scheuen, geführt werden muß.

Außerdem dürfen wir nicht nur auf die inneren Verhältnisse blicken, sondern müssen zugleich mit dem Auslande im Kontakt bleiben. In dieser Beziehung aber war die Zeit der preussischen Wahlrechtskampagne ganz besonders ungünstig.

Der „Stettiner Volksbote“ schreibt: „Genosse Wenzel und der Parteivorstand. Genosse Wegler nimmt im Bochumer „Volksblatt“ Stellung zu der Differenz zwischen Parteivorstand und Generalkommission. Er stellt den streitigen ersten Punkt in beiden Fassungen gegenüber. Nach der Generalkommission hat Debel erklärt:

Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern wird, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen.

Nach der Fassung des Parteivorstandes lautet dagegen dieser Satz: Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, gegenwärtig den politischen Massenstreik zu propagieren.

Genosse Wegler vertritt nun die Ansicht, daß mit der vom Parteivorstand gegebenen Fassung der zweite Teil des ersten Punktes logisch und grammatisch unvereinbar sei.

Wenn dennoch ein solcher Streik ausbrechen sollte, so müßte derselbe von der Partei geführt werden, und die Gewerkschaften hätten sich offiziell daran nicht zu beteiligen.

Wir können Genossen Wegler nicht darin beipflichten, daß der erste Teil der Erklärung des Parteivorstandes im Widerspruch zum zweiten Teil steht. Es ist logisch durchaus einwandfrei, wenn der Parteivorstand im ersten Teil erklärt, er für seinen Teil werde den Massenstreik gegenwärtig nur unter dem äußersten Zwange der Umstände, aber nicht aus eigenem Antriebe propagieren.

Genosse Wegler vertritt nun die Ansicht, daß mit der vom Parteivorstand gegebenen Fassung der zweite Teil des ersten Punktes logisch und grammatisch unvereinbar sei.

„Unser Leser haben den Schwall von Erklärungen und Gegen-erklärungen gelesen, die von Generalkommission und Parteivorstand erlassen wurden.“

Wir haben diesen Ausführungen, die wir vollinhaltlich teilen, weiter nichts hinzuzufügen und sind auch überzeugt, daß in unserem Leserkreis, von dem einen oder anderen Heißsporn abgesehen, niemand ist, der sich die Taktik der Genossen in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, des Bochumer „Volksblattes“, der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ und des Genossen Eisner zu eigen machen möchte.

Wir können Genossen Wegler nicht darin beipflichten, daß der erste Teil der Erklärung des Parteivorstandes im Widerspruch zum zweiten Teil steht.

Wir haben diesen Ausführungen, die wir vollinhaltlich teilen, weiter nichts hinzuzufügen und sind auch überzeugt, daß in unserem Leserkreis, von dem einen oder anderen Heißsporn abgesehen, niemand ist, der sich die Taktik der Genossen in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, des Bochumer „Volksblattes“, der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ und des Genossen Eisner zu eigen machen möchte.

Wir haben diesen Ausführungen, die wir vollinhaltlich teilen, weiter nichts hinzuzufügen und sind auch überzeugt, daß in unserem Leserkreis, von dem einen oder anderen Heißsporn abgesehen, niemand ist, der sich die Taktik der Genossen in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, des Bochumer „Volksblattes“, der Dortmunder „Arbeiterzeitung“ und des Genossen Eisner zu eigen machen möchte.

wichtig den Massenstreik zu propagieren!! Das ist ein trauriger, aber lehrreicher vorläufiger Abschluß unseres ersten Sturm- laufs auf die preussische Wahlrechtsfrage.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Wichtig ist, daß zwischen einigen Heißspornen in der Partei, die die Propaganda des politischen Massenstreiks schon heute mit Hochdruck betreiben wollen, und den vorzüglichen Gewerkschafts- führern, die im Gefühl ihrer Verantwortung für das Schicksal großer, sorgsam ausgebaute Organisationen jedem gewaltsamen Zusammenstoßen ausweichen möchten, ein tiefer Spalt liegt.

Es gibt keine politische Aktion von irgendwelchem Belang, an welcher die Gewerkschaften nicht das allergrößte Interesse haben.

Endlich äußert sich die „Rheinische Zeitung“ (Aöln) folgendermaßen: „Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

„Jedoch ist noch mehr nötig, wenn die Massenstreikfrage ihres rein theoretischen Charakters entleidet werden und wirklich praktische politische Bedeutung erlangen soll.“

Parteizersplitterung.

Unter dieser Firma leistet sich der Genosse Diepmann in der Nummer 163 des „Vorwärts“ einen Artikel, von dem ein großer Teil, wenig pallend zu der gewählten Ueberschrift, sich mit den Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission bezieht.

Aus eigener Anschauung kennt der Genosse die Vorgänge nicht. Die ganze Art seiner Darstellung läßt darauf schließen, daß er den Verlauf der Sache auch nicht einmal vom Hörensagen kennt. Nichtsdestoweniger konstruiert sich Genosse L. die Vorgänge nach seiner Art, um zu der Schlussfolgerung kommen zu können, daß die Generalkommission in der Angelegenheit nicht „fair“, d. h. ausländisch verfahren sei, ihr Verhalten „von einer gewissen Güterhältigkeit diktiert“ war und sie die Absicht gehabt habe, den Parteivorstand von vornherein „einzuwickeln“.

Auf die ganze Art dieser Darstellung des Genossen L. sowie auf seine Schlussfolgerung gibt es mir eine treffende Bemerkung, die ich leider, mit Rücksicht darauf, daß die Redaktion mir bei ihrer Anwendung die Aufnahme dieses Eingandes ablehnen würde, hier nicht anwenden kann. Doch hoffe ich an anderer Stelle Gelegenheit zu finden, dem Genossen diese Bemerkung nicht vorenthalten zu müssen.

Genosse L. erklärt, die Generalkommission habe es für richtig befunden, in ihrer Art den Vorstandsvertretern von den Verhandlungen mit dem Parteivorstand Kunde zu geben, und ferner, die Generalkommission hätte dem Parteivorstand sagen müssen: „so und so haben wir unsere Unterredung ausgeführt, in diesem Sinne haben wir unseren Vorständen berichtet, wir wollen es drucken lassen, äußert Euch, ob es korrekt ist und seid Ihr mit dieser Fassung einverstanden?“

Gegenüber dieser Unterstellung sei nochmals darauf hingewiesen, daß die in der Sitzung vom 16. Februar vereinbarten Sätze so der Konferenz der Vorstandsvertreter unterbreitet sind, wie sie mit dem Parteivorstand vereinbart wurden. Auch der Parteivorstand stellt nicht in Abrede, daß diese Sätze in der Sitzung vom 16. Februar von dem Genossen Silberstein niedergegeschrieben und verlesen sind und die Grundlage für die weitere Diskussion bildeten. Auch der Parteivorstand stellt nicht in Abrede, daß die von dem Genossen Vebel angefertigte Niederschrift der Sätze der Sitzung vom 16. Februar nicht vorgelegt ist und somit als Fälschung der Beratung nur die Niederschrift von Silberstein vorlag.

Diese Tatsachen stehen fest und weiß ich nicht schwarz, trotz aller Vermählungen des Genossen Piepmann, eine Farbenänderung vorzunehmen. Nur wer an Farbenblindheit leidet, kann nach Kenntnisnahme der Erklärungen des Parteivorstandes und der Generalkommission weiß für schwarz ansehen.

Wir waren bisher gewöhnt, bei Beratungen zwischen Körperschaften, deren Mitglieder durch das Vertrauen der Genossen an ihren Platz berufen sind, keine besonderen Vorsichtsmaßnahmen anzuwenden, sondern im Vertrauen darauf, daß ehrliebe Willen auf beiden Seiten vorhanden ist, aus an solchen Verhandlungen zu beteiligen. Wenn man aber schon von „Vorsichtsmaßnahmen“ sprechen will, so kann man sagen, daß deren genug bei der Feststellung der Sätze in der Sitzung vom 16. Februar angewandt wurden.

Die Protokolle der Beratungen der Vorstands-Konferenzen sind stets gedruckt worden, mit der Konferenz vom 19. Februar ist also keine Ausnahme gemacht. Bei den Beratungen mit dem Parteivorstand mußte vorausgesetzt werden, daß diesem bekannt war, daß die Protokolle durch den Druck vervielfältigt werden. Aber wenn auch, wollte der Parteivorstand, daß die Verhandlungen zwischen ihm und der Generalkommission über den Kreis der an den Verhandlungen Beteiligten hinaus nicht bekannt werden sollten, dann hätte er den Vertretern der Generalkommission nicht anraten dürfen, die vereinbarten Sätze der Konferenz der Vorstandsvertreter zur Beratung vorzulegen.

Genosse Piepmann aber sagte: „Auf allen Parteitagen, Gewerkschaftskongressen usw., ja selbst im Reichstage werden die Redner veranlaßt, das Stenogramm einzusehen.“ Gewiß, die Redner sehen das Stenogramm ein, daß dieses aber an Personen oder Körperschaften, die an den Verhandlungen nicht teil genommen haben, zur Nachprüfung weiter gegeben wird, ist eine Erfindung, die Genosse L. erst jetzt gemacht hat. Hätte Genosse L. diese Erfindung bei der von ihm vertretenen Organisation in die Praxis umgesetzt, so wären uns viele Erklärungen und Gegenerklärungen, die in den letzten Monaten den „Vorwärts“ füllten, erspart geblieben.

Genosse L. hat diese Erfindung aber nur gemacht, weil er sie brauchte, um zu seiner Schlussfolgerung kommen zu können, die Generalkommission wände eine Taktik an, bei der „der Parteivorstand von vornherein „einwickelt“ werden sollte“.

Welche Auffassungen müssen bei dem Genossen L. über den Verkehr zwischen zwei Körperschaften der einen und selben Arbeiterorganisation vorhanden sein. — Würde der Genosse zu einer solchen Konfession kommen können, wenn ihm die Praxis

des „Einwickelns“ fremd wäre? Nur wer Übung in einer solchen Praxis hat, kann es mit anderen gleich unaufrichtigen Absichten voraussetzen. Und das ist das Tieftraurige in unserer Arbeiterbewegung, daß es in ihr Leute gibt, die, zu Vertrauensstellungen berufen, bei Verhandlungen über strittige Fragen nicht von ehrlieber Überzeugung, sondern von dem Bestreben geleitet sind, den Andersdenkenden „einzuwickeln“. Bei allen Verhandlungen aber, die zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission stattgefunden haben, hat nie das Empfinden sich bemerkbar gemacht, daß die eine Körperschaft die andere „einwickeln“ wolle. Die gegenseitigen Anschauungen über irgend eine Frage der praktischen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sind bei diesen Verhandlungen mit aller Ehrlichkeit und der innersten Überzeugung entspringenden Rücksichtslosigkeit ausgesprochen worden und kam stets das Gegenteil von dem zum Ausdruck, was man nach dem Genossen Piepmann „einwickeln“ nennt. Dieses zu besorgen, mag denen vorbehalten bleiben, die es zu über gewohnt sind, Parteivorstand und Generalkommission werden, wenn ein einiges Zusammenarbeiten ermöglicht werden soll, an der bisherigen Gepflogenheit der offenen und ehrlieben Aussprache festhalten müssen.

Die einfachere Darstellung der Vorgänge, die dazu führten, daß über den Massenstreik auf der Konferenz der Vorstandsvertreter überhaupt verhandelt wurde, wird zeigen, daß die Generalkommission weit davon entfernt war, die „Einwickelungspraxis“ des Genossen Piepmann zu üben. Am 18. September 1905 wird von einem Verbandsvorstand der Antrag bei der Generalkommission eingereicht, auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz der Vorstandsvertreter den Punkt zu setzen „Partei- und Gewerkschaften“. Von der Frage des Massenstreiks verläutet kein Wort. Am 23. Dezember 1905 wird von der Generalkommission beschlossen, die Konferenz für den 19. Februar zu berufen. Die Massenstreikfrage wird dabei nicht erwähnt. Am 6. Januar 1906 wird die Tagesordnung der Konferenz festgesetzt und der Punkt „Partei- und Gewerkschaften“ an die letzte Stelle gerückt, in der Annahme, er wird vielleicht gar nicht auf der Konferenz zur Verhandlung kommen. Niemand denkt daran, die Massenstreikfrage auch nur zu erwähnen. Am 14. Februar teilt der Parteivorstand mit, daß die Besprechung über das Problem des Massenstreiks am 16. Februar stattfinden könne. Bis zum 16. Februar, also bis 3 Tage vor der Konferenz, weiß die Generalkommission nicht, auf welcher Seite sich überhaupt die Verhandlung in der Frage bewegen soll und doch ist — nach der Weiskobe Piepmann — alles klaglich vorbereitet, um den Parteivorstand „einzuwickeln“. Selbst in der Sitzung der Generalkommission vom 17. Februar wird über die Beratungen nicht weiter diskutiert, sondern ohne Debatte beschlossen, daß Silberstein der Konferenz über die Verhandlungen mit dem Parteivorstand Bericht geben solle. Der ganzen Sache wird von der Generalkommission keine gewaltige Bedeutung beigelegt, weil sie der Meinung war, daß der Parteivorstand zu keinem anderen Ergebnis in der Frage hat kommen können, wie er gekommen war, wenn er nicht die ganze in Deutschland gegebene Situation außer acht lassen wollte.

Genosse Piepmann wird ja auch nach dieser im einzelnen nachweisbaren Darstellung zu keinem anderen Urteil kommen. Seinen Weg hat er sich gegeben. Seine Absichten kommen in folgendem Satz seines Artikels deutlich zum Ausdruck: „Der Geist der Brüderlichkeit und Solidarität ist beim Gewerkschaftskartell genau so gut entwickelt wie bei der Generalkommission.“

Nach zweifeln ich nicht daran, daß die deutsche Arbeiterschaft, trotz Piepmannscher Erziehungsmethode, ein gesundes Urteil fällen kann und zu dem Schluß kommen wird, daß wir für die Sorte Solidarität und Brüderlichkeit, die Piepmann in seinem Artikel zum Ausdruck bringt, sehr danken müssen. Sollte sie jemals in der deutschen Arbeiterschaft Geltung erlangen, so würde es traurig um die Fortentwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bestellt sein. Bis jetzt gilt noch der Grundsatz, daß man einen Parteigenossen erst dann für einen Schuft hält, wenn seine Schuftigkeit erwiesen ist. Piepmann aber konstruiert sich, ohne auch nur eine Spur von Beweismaterial für seine Angaben zu haben, eine Anklageschrift gegen die Mitglieder der Generalkommission, nach welcher diese ausgemachte Schufte sind, denn schuftig wäre die Handlungsweise, wenn sie gemäß der Piepmannschen „Einwickelungspraxis“ sich vollzogen hätte.

Als Antwort auf diese Art der Piepmannschen Darstellung gibt es wiederum nur ein Wort, das keinen parlamentarischen Kurzwert hat.

Wenn L. nur den gehuln Teil der Gehirntätigkeit, die er zur Fabrikation der Anklagen gegen die Generalkommission brauchte,

darauf verwandt hätte, nachzuprüfen, in welchem Verhältnis die anarcho-sozialistische Lokalgewerkschaftler zur sozialdemokratischen Partei stehen, so wäre er seit länger als Jahresfrist zu der Erkenntnis gekommen, daß diese Leute sich außerhalb der Partei gestellt haben. Der Artikel der „Einigkeit“, der zur Gründung einer neuen Arbeiterpartei auffordert, ist nur ein Glied in der Kette, dessen Einfügung nur den überraschen kann, der verständnislos der Sonderhändel der Lokalfisten gegenüber stand. Es wäre eine dankbare Aufgabe des Genossen Piepmann gewesen, für Aufklärung in diesen Kreisen zu sorgen. Statt dessen läßt er seine Geisteskraft an Genossen, die keines anderen Vergehens schuldig sind, als daß sie über eine taktische Maßnahme der Partei eine von der Majorität abweichende Meinung haben und den Mut besitzen, dies auszusprechen, anstatt sich einfach zu bücken. Bis jetzt ist der freie Meinungsäußerung ein vorwärtstreibender Faktor in der Partei gewesen. Und daß das Recht der Meinungsäußerung auch fernerhin erhalten bleibt, dafür werden wir einstehen, trotz Piepmann und Genossen.

## Prozeß Liman.

Am Sonnabend gelangt der Prozeß des Liman gegen die Genossen Mehring und Kressin vor dem Leipziger Schöffengericht zur Verhandlung. Der rossenreine jüdische Dr. Liman, geistiger Haupt der Antifeminiten und Deutschnationalen, Redakteur und Mitarbeiter verschiedener Antifeminitäten, war zum Nazi gelaufen und hatte gegen unseren Genossen Kressin geklagt, weil die Leipziger Volkszeitung den gewerkschaftlichen Begehrer gekennzeichnet hatte. Die Leipziger Justizinstanz der Klassenjustiz hatte darauf unseren Genossen Kressin zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Daraufhin veröffentlichte Genosse Dr. Mehring in der „Leipziger Volkszeitung“ eine Erklärung, welche begann:

„In der neulichen Schöffengerichtsverhandlung gegen meinen Kollegen Kressin hat der Redakteur der Leipziger Neuesten Nachrichten Liman behauptet, er habe nie einen Menschen beleidigt, was schon daraus hervorgeht, daß ihn nie jemand verklagt habe. Freund Kressin hat darauf schon zureichend geantwortet, doch möchte ich mir als der seit Jahren in erster Reihe von Liman Beschimpfte noch einige Bemerkungen dazu erlauben.“

In den weiteren Sätzen der Erklärung charakterisiert Genosse Mehring die Persönlichkeit des Liman in scharfer Weise.

In derselben Nummer der „Leipz. Volkszeitg.“ erließ auch Genosse Kressin eine Erklärung gegen Dr. Liman, der „unter dem Mantel der Anonymität eine neue Infamie gegen ihn veröffentlicht habe, indem er ihn als Sigredakteur bezeichnet habe.“

Darauf erließ Liman erneut Klage und zwar sowohl gegen Dr. Mehring und Kressin als auch gegen den verantwortlichen Redakteur der „L. V. Ztg.“, Genossen F. S. e. g. e. r. Andererseits hat Kressin wegen des Ausdrucks „Sigredakteur“ Widerklage erhoben. Auch Mehring hat Widerklage erhoben. Ueber den Prozeß, der signifikant für die Heiden der bürgerlichen Presse ist, werden wir berichten.

## Aus der Frauenbewegung.

Der Kampf ums Frauenwahlrecht.

London, 16. Juli. Bis zu Anfang dieses Monats nahmen die Versammlungen und Demonstrationen der Anhänger des Frauenwahlrechts einen ruhigen Verlauf. Nun aber beginnt ein neues Kapitel: Die Huldigamen werden in Bewegung gesetzt, um die Demonstrationen zu führen. Dies geschah bereits zweimal: in London und in Manchester. Die gestern in Manchester abgehaltene Demonstration, bei welcher die Genossin Frau Vanthurst und Keir Hardie zu sprechen versuchten, mußte sich auflösen, da es sonst zu Tätlichkeiten gekommen wäre.

Bereit der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend. (Abteilung V.) Mitgliederversammlung bei Bernau, Schwebelstr. 23-24, Vortrag des Kollegen R. Eibemann. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.

Agitationsverein für den Wahlkreis Landsberg - Soldin. Freitag, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Siebe, Eßligerstr. 142. Gäste willkommen.

Berband der Preisverächter Deutschlands. Zweigverein Berlin und Vororte. Versammlung heute abend 9 1/2 Uhr, Rosenhofstr. 11/12. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Stripp. Stand der Bewegung. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.**  
Am Dienstag, den 17. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr, verstarb sanft mein guter Mann und Vater  
**Georg Renfer**  
im 52. Lebensjahre. 255  
Um stilles Beileid bitten  
Die trauernden Hinterbliebenen  
Frau Elise Renfer,  
Frau Hoppe geb. Renfer,  
Eduard Renfer.  
Die Beerdigung findet Freitag, den 20. Juli, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Heidenfeldstraße 17 aus nach Friedriehsfelde statt.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Landsberger Viertel, Bezirk 190 b.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Genosse  
**Georg Renfer**  
aus dem Leben geschieden ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Heidenfeldstr. 17, aus auf dem Zentralfriedhof in Friedriehsfelde statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Am 16. Juli entschlief infolge einer schweren Operation unser lieber Bruder und Schwager, der Tischlergeselle  
**Max Balzer.**  
Dies zeigt tiefbetruht an im Auftrag der Geschwister, Schwäger und Schwägerinnen 14b  
**Oskar Balzer.**  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. d. Mts., nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedriehsfelde aus statt.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Heidenfeldstr. 17, aus auf dem Zentralfriedhof in Friedriehsfelde statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokrat. Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis (Köpenicker Viertel.)**  
Bezirk 109.  
Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Tischler  
**Georg Bormann**  
(wohntalt Köpenickerstraße 4) gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
244/9 Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.**  
Bekanntem und Kollegen die Nachricht, daß meine liebe Frau und unsere gute Mutter  
**Anna Höhne**  
geb. Walther  
am Dienstag, den 17. Juli, von ihrem langen schweren Leben durch einen sanften Tod erlöst worden ist.  
17b  
**Cito Höhne nebst Kindern.**  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in der Gemeinde - Friedhofes in Beth (Chausseestraße, Endpunkt der Straßenbahnlinie Nr. 29) aus statt.

**Todes-Anzeige.**  
Am Sonntag, den 15. Juli, verschied nach kurzem Krankenlager unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Groß- und Urenkelmutter, Schwester und Tante, die Witwe  
**Friederike Linde**  
geb. Kähler  
im 77. Lebensjahre. 235  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. d. Mts., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes am Bahnhofs Westend aus statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Verband der freien Gast- und Sekanwirte Deutschlands.**  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kollege  
**Georg Renfer,**  
Heidenfeldstr. 17,  
am 17. d. Mts. verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus auf dem Zentralfriedhof in Friedriehsfelde statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein Nieder-Schönhausen.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am Montag, den 16. Juli, verstarb im 45. Lebensjahre unser Mitglied, der Maurer  
**Otto Rühle.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Juli, nachmittags 5 1/2 Uhr von der Halle des Kirchhofes in der Buchholzerstraße aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bitten  
222/13 Der Vorstand.

**Sozialdemokrat. Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis Frankfurter Viertel, Bezirk 161.**  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Genosse Tischler  
**Max Balzer**  
gestorben ist. 244/8  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedriehsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler  
**Georg Bormann**  
am 13. Juli plötzlich verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Nordost, Hermannstraße aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
89/11 Die Ortsverwaltung.

**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.**  
**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin  
**Martha Ritter**  
am 14. Juli verstorben ist und am 17. Juli zur letzten Ruhe bestattet wurde.  
Ehre ihrem Andenken!  
Der Vorstand.

**Allgemeine Familien-Sterbe-Kasse zu Berlin.**  
Sonntag, den 20. Juli 1906, vormittags 9 Uhr, im Lokal des Herrn Wiefenthal, Uferstraße 123:  
**General-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Jahresbericht pro 1905/1906 und Bericht der Revisoren. 2. Festlegung der Geschäftsabteilung für den Vorstand und die Revisoren. 3. Beschlußfassung, in welchen Zeitungen die Bekanntmachungen der Kasse bekanntzugeben sind. 4. Wahl der aus-scheidenden Vorstandsmitglieder. Es scheidend aus: Der Vorsitzende Herr Kise, der stellvertretende Schriftführer Herr Gille und der Kassier Herr Kumpke. 5. Verschiedenes. 215  
Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des Quittungsbuches gestattet.  
Um pünktliches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.  
J. H. A. Aeke, Vorsitzender, Schulzenhofstr. 6, III.

**Männer-Gesangverein „Harmonie Ost“.**  
Den Mitgliedern zur trauertigen Nachricht, daß unser Sangesbruder, Restaurateur  
**Georg Renfer**  
am 17. d. Mts. sanft entschlafen ist.  
Wir verlieren in ihm ein treues, unerwähntes Mitglied.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Freitag, den 20. Juli, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Heidenfeldstraße 17 aus nach Friedriehsfelde statt.  
266 Der Vorstand.

**Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.**  
Zahlstelle Berlin, Sektion I.  
Am 4. Juli d. J. starb ganz plötzlich in seinem Geburtsort Jork (Rauk) unser Mitglied, der Kollege  
**Paul Albert Reinhold**  
im Alter von 34 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung fand am 6. Juli cr. in Ort statt.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler  
**Max Balzer**  
am 16. Juli nach langer Krankheit verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 19. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes in Friedriehsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
89/10 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (Ortsverwaltung Berlin II).**  
Hierdurch zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler  
**Georg Bormann**  
am 13. Juli verstorben ist.  
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 19. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Nordost, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Hygienische**  
Bedarfsartikel. Neuester Katalog in Empfehlung. Anrede u. Post. gratis. u. 2 H. Vager, Baumgartenstraße Berlin NW. Friedrichstraße 61/62.

**Dr. Simmel, Pinzen-Str. 41, Spezialarzt für 137/135 Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4.

**H. & P. Uder, Berlin 80. 16, Engel-Ufer 5.**  
Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.  
Fabrik-Lager sämtlicher gangbaren Kau- u. Schnupftabaks.  
Spezialität: **Nordhäuser Kantabak.**  
**Rathor Schnupftabak.** - Ehsässer, Kownoer, Kardinal, Karotten usw. stets frisch u. billigen Engrospreisen.  
Neu! Neu! Neu!  
**Berliner Luft** (Detailpreis: Paket 10 Pf.)  
erstklassiger Qualitäts-Schnupftabak aus den Tabakfabriken 1668L\* von **Joseph Doms, Rathor.**  
Ant 4. 3014.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Donnerstag, den 19. Juli. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, den 20. Juli. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonntag, den 22. Juli. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag, den 23. Juli. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Dienstag, den 24. Juli. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Mittwoch, den 25. Juli. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Donnerstag, den 26. Juli. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, den 27. Juli. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonntag, den 29. Juli. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag, den 30. Juli. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Dienstag, den 31. Juli. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Mittwoch, den 1. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Donnerstag, den 2. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, den 3. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonntag, den 5. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag, den 6. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Dienstag, den 7. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Mittwoch, den 8. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Donnerstag, den 9. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, den 10. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonntag, den 12. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag, den 13. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Dienstag, den 14. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Mittwoch, den 15. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Donnerstag, den 16. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, den 17. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonntag, den 19. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag, den 20. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Dienstag, den 21. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Mittwoch, den 22. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Donnerstag, den 23. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, den 24. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonntag, den 26. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag, den 27. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Dienstag, den 28. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Mittwoch, den 29. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Donnerstag, den 30. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, den 31. August. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonntag, den 2. September. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag, den 3. September. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Dienstag, den 4. September. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Mittwoch, den 5. September. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Donnerstag, den 6. September. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Freitag, den 7. September. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Sonntag, den 9. September. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

Montag, den 10. September. Neues Operntheater. Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.

### Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Die Afrikanerin.**  
 Große Oper in 5 Akten v. Giacomo Meyerbeer.

Schiller-Theater N. (Fleider, Müll. Th.)  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Zapfenstreich.**  
 Drama in 4 Aufzügen von Franz Adam Behrelein.

Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Hugenotten.**  
 Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Zapfenstreich.**  
 Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

### Neue freie Volksbühne.

Sonntag, den 22. Juli, nachm. 3 Uhr:  
**Opern-Vorstellung im Schiller-Theater O.**  
**Die Zauberflöte.**  
 Oper in 2 Aufzügen von W. A. Mozart.  
 Karten für Mitglieder a 1 Mark, für Gäste a 1,20 Mark inkl. Garderobe sind in allen Zahlstellen zu haben. 150/11  
 Der Vorstand. I. A.: Heiser, Nest.

### Urania

Tauben-Str. 48/49.  
 Täglich abends 8 Uhr:  
**Der jüngste Aushruoh des Vesuvus.**

### Sternwarte

Invaliden-Str. 57/62.  
 Täglich abends 8 Uhr:  
**Der jüngste Aushruoh des Vesuvus.**

### ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachmittags 5 Uhr:  
**Großes Militär-Konzert.**  
 Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.  
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

### Bernhard Rose-Theater

Gehoblenbrunn, Badstraße 58.  
 Heute: Großer Festtag.  
**Die Gauklerin.**  
 (Nur noch einige Tage.)  
 Feststellungsspiel mit Gesang u. Tanz in 7 Bildern von Schwarz-Neillingen.  
 Außerdem das ersteilige Spezialitäten-Programm.  
**Neiß-Troupe,**  
 akrobatische Trampolin-Kombination.  
**Coradin, Sarret, Braun.**  
 Anfang 4 1/2 Uhr.  
 Entree 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.  
 Saisonkarten und Passpartouts haben Gültigkeit.

### Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.  
**Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.**  
 15 Attraktionen ersten Ranges  
**Der Millionenschneider.**  
 Poffe mit Gesang in 2 Akten.  
 Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

### Volksgarten-Theater.

Badstr. 8 (Behm- u. Belfermannstr.)  
 Täglich:  
**Konzert, Theater u. Spezialitäten.**  
 Neb. Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest.  
 Neb. Donnerstag: Gr. Brill-Feuerwerk.  
 Goldbedeutungen aller Art.  
 Die Kaffeebühne ist u. 1 Uhr am geöffnet.

### Ostbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 17.  
**Hermann Imbs.**  
 Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**

### Landes-Ausstellungspark.

Neu erbaut: Festsaal, Café u. Konditorei, gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.  
 Dejenners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.  
 Diners von 3,50 Mark, Soupers von 4 Mark an.  
 Täglich: Doppel-Konzert.

### Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).  
 Die größte Zensation und beste Gruppe der Welt:  
**16 Löwen**  
 im Zalon des Löwenbändigers.  
 Ein Dompteur, eine Tänzerin und eine Dompteuse mit noch nie gesehenen Tricks. 11 Uhr abends: Fütterung sämtlicher Löwen aus den Händen des Dompteurs.  
**Prinzeß Rajah, Fritz Brand,**  
 die hawaiische Schönheit, Salon-Quariorch mit neuem Repertoire  
 und das beste Programm Berlins.  
 Kaffeeküche, Volksbelustigungen aller Art.  
 Anfang 4 Uhr. — Entree 30 Pf. — Vorzugskarten sind gültig.

### Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15. Artistiche Leitung: Paul Mühlitz.  
 Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung**  
 Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: die besten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

### Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.  
 Täglich: **Amor von heute.**  
 Milardo, Humorist.  
 Robusa, Dressurkammer.  
 Dammann Family.  
 Ein gefährlicher Hundstug.  
 Wasserant. Pawel Comp.  
**Konzert. Ball.**  
 Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.  
 Nummerierter Platz 50 Pf.

### Verein Berliner Hausdiener

gegründet 1883.  
 Arbeitsnachweis und Bureau: Alte Leipzigerstraße 1, Eingang Raules Hof.  
 Geöffnet von 8-6 Uhr. Sonntags geschlossen. Tel.: Amt I, 2632

### IV. Ordentl. Generalversammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Vierteljahresbericht. 3. Anträge. 4. Geschäftsliches.  
 Kollegen! Es ist in Eurem eigenen, sowie im Vereinsinteresse notwendig, in dieser Generalversammlung zu erscheinen.  
 Mitgliedsbuch legitimiert!  
 Sonnabend, den 21. Juli, in den Gesamträumen der „Neuen Welt“:  
**2. Sommerfest und Sommernachts-Ball.**  
 Großes Konzert u. Gala-Spezialitäten-Vorstellung. Fronten-Feuerwerk. Kinder-Fadelpolouäse.  
 Anfang 4 Uhr. Die Kaffeebühne ist von 3 Uhr ab geöffnet.  
 Entree 25 Pf., an der Kasse 30 Pf. Der Vorstand.

### Freie Volksbühne.

Die neuen Mitgliedskarten können in den Zahlstellen gegen die alten Karten eingetauscht werden.  
 Der August- und September-Beitrag beträgt je 90 Pf.  
 Das Einschreibgeld für neue Mitglieder beträgt 90 Pf., für Wiedereintretende 1,80 M.  
 Spätere Meldungen können nur berücksichtigt werden, soweit in den betreffenden Abteilungen Raum vorhanden ist. Desgleichen sind in den Monaten Juni, Juli alle Umschreibungen in eine andere Zahlstelle zu bewirken.  
**Achtung!** Die Mitglieder werden ersucht, die in allen Zahlstellen von Mitte Juli ab ausliegenden Flugblätter und adressierten Fragekarten zur Propaganda für die Erwerbung eines eigenen Theaters abzuholen und sorgfältig auszufüllen und für Weiterverbreitung zu sorgen.  
 229/6\* Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

# Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands. Filiale Berlin.

Freitag, den 20. Juli, abends 6 1/2 Uhr, bei Keller, Köppen-Strasse Nr. 29:  
**General-Versammlung**

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Albrecht Fülle: „Revolution von oben.“ 2. Diskussion. 3. Bericht des Gesamtvorstandes. 4. Wahl eines Reditors für die Zentralfiliale. 5. Bericht der Lohnkommission. 6. Fortsetzung der Diskussion über die Währungsreform vom Vortage. 7. Verschiedenes.  
 Da in dieser Versammlung die Nachträge zu dem Lohnnachlass ausgeben werden, ist es notwendig, daß jeder Kollege pünktlich erscheint.  
**Der Vorstand.**

### Orts-Krankenkasse

der Messerschmiede, Schwertfeger und Verfertiger dhr. Instrumente zu Berlin.  
**Bekanntmachung.**  
 Der Beschluß der Generalversammlung vom 21. April 1906 betreffend den § 41 Absatz 1 zum Statut ist am 19. Juni 1906 durch den Bezirksauschuss genehmigt worden, was wir hiermit zur Kenntnis bringen.  
 275/12 **Der Vorstand.**

### W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.  
 Gastspiel des Herrn Hermann Litt v. Rembrandt-Theater in Amsterdam.  
**Zirkusblut.** Operette in 2 Akten von Baumgart.  
 Dazu die erstklassig. Spezialitäten.  
 Anfang 6 Uhr. Kaffeebühne u. 3 Uhr. Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saale.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

### Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.

**Achtung! Pianomechanik-Arbeiter u. Arbeiterinnen! Achtung!**  
 Freitag, den 20. Juli er., abends 7 Uhr:  
**Versammlung sämtl. Verbandsmitglieder**  
 aus der Pianomechanik-Branche  
 im „Gewerkschaftshaus“ (Zaal I), Engel-Ufer 15.  
 Tages-Ordnung:  
 1. liegt die Festsetzung eines höheren Lokalbeitrages im Interesse der Mechaniker und Arbeiterinnen?  
 2. Branchenanangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Zu dieser Versammlung müssen alle Verbandskollegen und -Kolleginnen aus der Mechanikbranche erscheinen.  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
**Die Branchenleitung.**  
 89/9

### Branchen-Versammlung der Jalousie-Arbeiter.

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über: „Zweck und Ziele der deutschen Arbeiterbewegung.“  
 2. Branchenanangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
 Zahlreiches Erscheinen erwartet.  
**Der Obmann.**  
 Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, (Zaal V):

## Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. (Zweigverein Berlin und Umgegend.)

### Sektion der Deckenbranche.

Donnerstag, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Augustin, Cranienstraße 103:  
**Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Hermann Wesse über: „Gibt es einen Gott?“ 2. Diskussion. 3. Bericht von der Vertreterversammlung. 4. Branchenanangelegenheiten (Vorschläge zum ersten Bevollmächtigten). 5. Verschiedenes.  
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht der Kollegen, pünktlich zu erscheinen; auch können die Frauen mitgebracht werden.  
 NB. Die Kollegen der Firma S. Raebel sind verpflichtet, vollständig zu erscheinen.  
**Die Sektionsleitung. I. A.: Heinrich Marx.**

## Achtung! Fliesenleger. Achtung!

Freitag, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
 der Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes  
 im Gewerkschaftshause (Zaal 7), Engel-Ufer 15.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.  
 Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen, da wichtige Angelegenheiten erledigt werden müssen.  
**Der Sektionsvorstand.**

## Achtung! Lederarbeiter! Achtung!

Heute, Donnerstag, den 19. Juli, abends 8 Uhr, im Marienbad, Badstraße 35/36:  
**Extra-Mitgliederversammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 Die stellen sich die Mitglieder der Filiale I zu dem Verhältnis der Lederfabrik Wittengesellschaft.  
 Vollzähliges Erscheinen und Pünktlichkeit erwartet.  
**Der Vorstand.** 284/20

## Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“ zu Berlin.

(Eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftung)  
 Sonntag, den 29. Juli 1906, vormittags 10 Uhr:  
**Vierte ordentliche General-Versammlung**  
 im Gewerkschaftshause, 80. Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:  
 1. Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung. 2. Bericht der Revisoren und Genehmigung der Bilanz sowie Beschlussfassung über die Verteilung des Gewinnes oder Verlustes. 3. Neuwahlen des Vorstandes. 4. Erwahlten zum Aufsichtsrat. 5. Antrag des Vorstandes betreffend Einführung des Hauskassensystems. 6. Eventuelle Anträge der Genossen. 7. Verschiedenes.  
 Genossen! Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen!  
**Niemand darf fehlen! Nur Mitglieder haben Zutritt!**  
**Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß!!!**  
 Die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung sind in der Geschäftsstelle, 80. 26, Kottbuser Ufer 44 in den Klassenstunden, vormittags 8-10 und nachmittags 4 1/2-7 1/2 Uhr, einzusehen.  
 Einmalige Anträge der Mitglieder müssen bis spätestens Dienstag, den 24. Juli, schriftlich beim Vorstände eingegangen sein.  
**Die Versammlung wird pünktlich eröffnet!**  
**Der Vorstand.**  
 G. Schletter, Vorstehender. G. Dörner. B. Müller.

### Möbel-Fabrik und Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen

zu Fabrikpreisen - Eigene Werkstätten - empfiehlt  
**Julius Anett, Skalitzerstr. 6,** am Kottbuser Tor.

### Sanssouci.

Kottbuser Straße 4a.  
 Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend:  
**Hoffmanns Nordd. Sänger**  
 Neu! Neu!  
 Kleinstädter in Berlin.  
 Gebrüder Diok.  
 Entree 30 Pf., numer. Pl. 50 Pf.  
 Sonnt. Beg. 5, Bochent. 8 U.  
 Im Vorgart.: Freikonzert.

### Reichshallen.

Stettiner Sänger.  
 (Meyzel, Pietro, Britton, Böhm, Böckmann, Walden, Seldel, O. u. R. Schrader)  
 Anfang  
 Sonntag  
 8. Sonntag  
 7 Uhr.





Partei-Angelegenheiten.

Rudow. Die nächste Versammlung des Wahlvereins findet Sonnabend, abends 8 Uhr, bei Palm statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Vereinsangelegenheit. 3. Verschiedenes. Die Genossen werden gebeten, die Biletts vom Sommerfest abzurechnen. Der Vorstand.

Prenzlau-Angermünde. Am Sonntag den 12. August findet in Schmödt a. O. im Gasthof zum deutschen Hause nachmittags 1 Uhr die Generalversammlung des Zentralwahlvereins für den Wahlkreis Prenzlau-Angermünde statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden, 2. Rechnungslegung des Kassierers und Bericht der Revisoren, 3. Bericht der Delegierten der einzelnen Orte, 4. Anträge, 5. Verschiedenes und 6. Vorstandswahl. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Der bekannte Polizeiton,

das heißt, die Umgangsformen, welche die Polizeibeamten im Verkehr mit dem Publikum anzunehmen pflegen, ist schon oft Gegenstand berechtigter Kritik gewesen. Selbst das „Berliner Tageblatt“ sah sich kürzlich veranlaßt, das Verhalten zu kritisieren, welches die Berliner Schutzleute dem Publikum gegenüber zur Schau tragen. Das „Berl. Tagebl.“ glaubt auch ein Mittel gefunden zu haben, womit dem oft beklagten Uebel, daß sich die Berliner Schutzleute nicht wie ihre Londoner Kollegen als Schützer und Helfer des schutzbedürftigen Teiles des Publikums fühlen, gesteuert werden kann. Man möge die Schutzleute besser besolden, dann werden sich intelligentere und fähigere Leute, als es jetzt der Fall ist, für den Polizeidienst finden und, alles wird besser werden, meint das „Berliner Tageblatt“.

Bis zu einem gewissen, aber doch nur geringen Grade mag diese Annahme zutreffen. Die eigentlichen Ursachen des bekannten Polizeitones und der nicht minder bekannten politischen Umgangsformen liegen jedoch tiefer. Man mag die Schutzleute noch so gut besolden — was wir ihnen übrigens gern gönnen — so lange die Schutzleute ausschließlich aus dem Unteroffiziersstande entnommen werden und so lange die Polizei selbst militärisch organisiert ist, wird auch der charakteristische Polizeigeist nicht schwinden und so lange wird auch das Publikum begründete Ursache haben, sich zu beklagen über die Auffassung, welche der Schutzmänn von seinen Amtspflichten hat und über sein aus dieser Auffassung entspringendes Verhalten gegenüber dem Publikum.

In London und New York — heißt es im „Berliner Tageblatt“ — helfen die Schutzleute den Damen und Kindern über den Straßendamm. In Berlin aber denken die Schutzleute nicht daran, dem Publikum solche Hülfsleistungen zu erweisen. Da stehen beständig einige Schutzleute beispielsweise am Galleschen Tor und am Potsdamer Platz, halten die Hände auf dem Rücken und schauen in die Luft. Da können Männer, Frauen und Kinder minutenlang warten, um durch die Wagenreihen zu kommen, die Schutzleute kümmern sich nicht darum.

Die Beobachtung ist durchaus richtig. Irrig ist aber die Annahme, daß es ein besser besoldeter Schutzmänn anders machen würde, denn das Verhalten der Schutzleute, welche das „Berl. Tagebl.“ kritisiert, liegt im System. Der Schutzmänn, der nach der Meinung des „Tageblatt“-Mitarbeiters an verkehrreichen Plätzen in die Luft schaut, hat in der Tat wichtigeres zu tun, als schwächlichen Personen durch das Gewühl der Wagen zu helfen. Er schaut nämlich nicht immer in die Luft, sondern er achtet sehr genau auf die Fuhrwerke, die sich in polizeilich vorgeschriebener Weise zu bewegen haben. Wehe dem Wagenführer, der, um an einem haltenden Fuhrwerk vorbeizukommen, über die Mitte des Fahrdammes hinausfährt. Der anscheinend in die Luft schauende Schutzmänn wird den Frevler gegen die Polizeivorschrift sogleich anhalten und feststellen, wodurch um allerdings zeitweise ein wirkliches Verkehrshindernis entsteht. Ebenso geht es dem Aufsaher, der nicht in dem vorgeschriebenen großen Bogen, sondern vielleicht in einem etwas kleineren Bogen um die Ecke fährt. Eine ganze Reihe derartiger Vorschriften gibt es, die im Gewühl des großstädtischen Verkehrs leicht einmal außer acht gelassen werden können. Solche Verstöße bringt der im polizeilichen Sinne gewissenhafte Schutzmänn stets zur Anzeige, auch wenn dadurch nicht die geringste Störung im Straßenverkehr entstanden ist. Wie soll ein so beschäftigter Schutzmänn noch Zeit haben, Frauen und Kindern durch das Straßengewühl zu helfen. Die militärische Erziehung des Schutzmänn bringt es naturgemäß mit sich, daß ihm die strenge Innehaltung bestehender Vorschriften, die vielleicht nicht in jedem Falle zweckmäßig sind, wichtiger erscheint als alles andere. Die Hauptsache ist, daß sich der Straßenverkehr in den polizeilich vorgeschriebenen Bahnen abwickelt. Wie sich das Publikum vor den Gefahren des Straßenverkehrs schützt, das kümmert die Polizei wenig.

Außer den hier angeführten Ursachen gibt es noch andere und schwerwiegendere, aus denen sich das auch vom „Berl. Tageblatt“ kritisierte Verhalten der Schutzleute erklärt. Die preussische Polizei fühlt sich nicht als eine Institution, die im Dienste des großen Publikums steht und für dessen Wohlergehen zu sorgen hat, sie gefällt sich vielmehr in der Rolle eines Vormundes, ja eines Vorgesetzten der Bevölkerung, und sie führt diese Rolle, die ihr übrigens durch eine reaktionäre Gesetzgebung zugestanden wird, konsequent durch, vor allem, soweit die Klassenbewegte Arbeiterbewegung in Frage kommt. Gerade auf diesem Gebiet entfaltet ja die Polizei eine besonders eifrige Tätigkeit, und sie geht dabei nicht selten sogar über die Grenzen ihrer Befugnisse hinaus. Solche Fälle polizeilichen Verhaltens gegen das Publikum werden von der bürgerlichen Presse fast ohne Ausnahme meist nicht beachtet, und doch tragen gerade sie zur Erklärung dessen bei, was das „Berliner Tageblatt“ kritisiert. Beamte, welche gewohnt sind, einen Teil des Publikums beständig zu bevormunden, sein Verhalten zu reglementieren und die Ausübung seiner Rechte nach Möglichkeit zu hindern, können sich natürlich nicht als Schutzleute im wahren Sinne des Wortes, das heißt als Schützer und Helfer des Publikums fühlen.

Die preussische Polizei fühlt sich eben nur als Schützerin der Interessen der herrschenden Klassen, ebenso wie ja auch das Militär, wenn die Polizeibeamten entnommen werden, nach dem Willen der herrschenden Klassen ein Instrument der Klassenherrschaft ist. Unter diesen Umständen erscheint es

denn auch begreiflich, daß der Polizeigeist nicht nur die Schutzleute und unteren Polizeibeamten besetzt, sondern daß er auch die höheren und höchsten Beamten der Polizei erfüllt. Dafür weiß unsere Parteipresse fast täglich neue Beispiele anzuführen. In diesen unzulässigen Verhältnissen wird nichts geändert durch bessere Bezahlung der Beamten, auch nicht durch an sich vernünftige Instruktionen, wie sie das „Berl. Tageblatt“ anführt. Wenn man auch durch Erlaß von Instruktionen, die den Schutzleuten ein zuvorkommendes Verhalten dem Publikum gegenüber zur Pflicht machen, den modernen Anschauungen anscheinend entgegenkommt, so hindert doch das herrschende System die Befolgung solcher Vorschriften und es wird alles beim alten bleiben, die Klagen über den polizeilichen Umgangston werden nicht schwinden, so lange der Polizeigeist herrscht, der ein Ausfluß des gegenwärtigen Systems ist, welches die Polizei zur Schützerin der Interessen der herrschenden Klassen stempelt, eines Systems, welches das „Berl. Tageblatt“ und seine Gefolgschaft durchaus begünstigen.

Wendung im Weichbierriege. Am Dienstagabend ist zwischen Vertretern der ringfreien Weichbierbrauereien und den verschiedenen Gastwirtsverbänden von Berlin und Umgebung ein Vertrag abgeschlossen worden, der den Bierkrieg bedeutend abschwächt, vielleicht auch gar beendet. Es verpflichteten sich 28 Brauereien, hierfür das Weichbier zu 9 Pfennig pro Liter und zwar in geichteten Gefäßen zu liefern, unter Wegfall aller bisher gewährten Vergünstigungen. Die Gastwirtsvertreter hingegen erklärten, künftig die Ringbrauereien zu meiden und die ringfreien Bierbezug zu unterstützen. Dieser Vertrag soll sofort durch notariellen Akt rechtskräftig gemacht werden.

Von einem entsetzlichen Unglücksfall ist der 14jährige Schüler Fritz Ahrend aus der Volkstraße 30 betroffen worden. Er hatte in einer Badeanstalt in Ploensee geschwommen und war dabei mit dem Dammen der linken Hand in ein Glied der Abgrenzungseiste hineingeraten. Vergeblich versuchte sich der Knabe zu befreien. Die Situation wurde immer bedenklicher für den Knaben, der infolge der großen Schmerzen, welche an der linken Hand verursacht wurden, Gefahr lief, ohnmächtig zu werden und zu ertrinken. Schließlich schwammen mehrere Schulkameraden hinzu. Aber auch sie bemühten sich vergeblich, A. zu befreien. Da der Zustand des Bedauernswerten immer bedenklicher wurde, rissen die Kameraden den Finger gewaltsam aus der Hand heraus. Der Dammen wurde dadurch vollständig zerquetscht und mußte in der Igl. Klinik in der Ziegelstraße einer Operation unterzogen werden.

Tödlicher Asturz vom Dach. Durch einen bedauernswerten Unfall hat der Droßkulentischer Bräuerei aus der Gartenstr. 65 den Tod gefunden. B. verlor beim Besteigen seiner Droßke plötzlich das Gleichgewicht und stürzte auf den Fahrdamm hinab. Unglücksdeweise schlug er mit dem Kopfe auf das Straßenpflaster auf und zog sich dadurch einen komplizierten Schädelbruch zu. Der Verunglückte wurde in das Lazarus-Krankenhaus gebracht, wo er gestern an den Folgen der schweren Verletzung starb.

Durch Unvorsichtigkeit schwer zu Schaden gekommen ist der 43jährige Kaufmann Friedrich Bernau, Fuhlsbüttelstr. 43. Er hatte morgens bei der Toilette eine brennende Lampe benutzt, die vor dem Spiegel stand. Durch eine ungeschickte Bewegung stürzte die Lampe um, explodierte und durch die Flammen wurden die Fenstergordinen in Brand gesetzt. In seiner Ratlosigkeit ließ sich B. dazu verleiten, das entstandene Feuer mit den Händen zu löschen. Er zog sich dabei an den Unterarmen und Händen schwere Brandwunden zu und mußte nach der Unfallstation XVII gebracht werden.

Eine „Dennigsgag“ rief gestern abend auf dem Gesundbrunnen großes Aufsehen hervor. Der in Zuhälterkreisen bekannte Max Saalbusch war von der Polizei wegen eines Diebstahls gesucht worden. Als nun gestern abend ein Kriminalbeamter an dem Hause Hochstr. 22 vorüberging, sah er in dem dortigen Lokal den S. mit einigen Mädchen am Tische sitzen. Der Beamte betrat das Lokal, um den Langesuchten zu verhaften. Kaum hatten dies die Mädchen bemerkt, so eilten sie auf den Beamten zu und riefen: „Sie suchen wohl Saalbusch?“ Durch weitere Redereien versuchten dann dieselben, den Beamten aufzuhalten, damit auf diese Weise dem S. Gelegenheit gegeben wurde, sich zu „drücken“. Er verschwand durch eine Hintertür, gelangte auf den Treppenturm und eilte auf den Boden hinaus, um über die Dächer hinweg zu entfliehen. Der Beamte eilte dem Flüchtling nach und erwiderte ihn auch auf dem Boden. Gutwillig folgte S. bis auf die Straße. Dort versuchte er aber, die Handschellen zu lockern. Der Kriminalbeamte versegelte dem S. einen Dieb über den Kopf, worauf der Betroffene anscheinend bewußtlos zusammenbrach. Er wurde nach der Unfallstation in der Waldstraße gebracht und dort verbunden. Nachdem erfolgte seine Ueberführung nach dem Igl. Polizeipräsidium.

Ein neuer Automobil-Omnibus fährt jetzt auf der Linie 4 Chausseestraße-Gallesches Tor. Er unterscheidet sich sowohl in der äußeren Form wie in der mechanischen Einrichtung von den übrigen Wagen. Er hat keine Decke, die bei den Kraftomnibussen nicht gern benutzt werden, dafür aber eine größere Länge, so daß im Inneren sechs Personen mehr Platz finden, als in den bisherigen Wagen. Außerdem läuft die Welle unter dem Rumpf des Wagens nicht bis an die Hinterräder, und man sieht bei dem neuen Wagen zu beiden Seiten der Welle eine Kette. Dadurch soll eine geringere Abnutzung und eine bessere Veranlung bewirkt werden.

Zwei „Ferienreisende“ wurden gestern vormittag auf dem Anhalter Bahnhof angehalten, als sie den Versuch machten, ohne Biletts die Bahnsteigkontrolle zu passieren. Es handelte sich um die Kinder eines in Köpenick wohnenden Arbeiters, einen neunjährigen Knaben und seine ein Jahr jüngere Schwester, die die Ferien in der Ferne verbringen wollten. Mit nur 50 Pf. in der Tasche, die zur Dedung des Fahrgeldes von Köpenick nach Berlin genügt, wollten sie zu Verwandten nach Dessau fahren. Die Kinder begaben sich zu Fuß nach dem Anhalter Bahnhof und gedachten sich anderen Reisenden anzuschließen, um als blinde Passagiere die Bahnfahrt anzutreten. Die beiden „Ferienreisenden“ wurden auf der Bahnwache festgehalten und dort gestern nachmittag von dem inzwischen telegraphisch benachrichtigten Vater abgeholt.

Arbeiter-Samariterkolonne. Heute abend 9 Uhr 3. Abteilung in Schöneberg bei Obst. Meiningestr. 8. Vortrag über Verbrennungen, Ertrinken, Hitzschlag, Mischschlag, Beschädigungen durch Elektrizität. Daran anschließend praktische Übungen. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten.

Zu der gestrigen Notiz: Von einem tödlichen Straßenbahnunfall betroffen, teilt uns der Vater des betreffenden Knaben mit, daß derselbe nicht von seiner Mutter fortgeschickt worden sei, um etwas zu besorgen, sondern mit anderen Kindern gespielt habe. Auch sei er, der Vater, nicht Schuhmacher, sondern gasföhrer Arbeiter auf dem Schlachthof. Der Knabe, der 7 Jahre alt ist, war auch nur taub, nicht taubstumm.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird der jüngste Ausbruch des Vesuv, ein Vortrag, der mit zahlreichen farbigen Katastrophenbildern, die Dr. Schwahn in den von Lava und Asche heimgeleiteten Ortschaften machte, ausgestattet ist, die in ihrer lebendigen Schärfe den vollen Eindruck der Wirklichkeit wiedergeben und das zerschütternde Vorbringen der glühenden Lava in erschütternder Plastik schildern, noch einige Tage wiederholt werden.

Dem Berliner Aquarium ist durch den Zoologischen Garten ein Prachtstück einer Wasserfchlange zugegangen, die wegen der würfelföhrigen Zeichnung den Namen „Würfelnatter“ (tessellatus) erhalten hat und für uns dadurch besonders interessant erscheint, daß sie, wie man im vergangenen Jahrhundert erst festgestellt hat, über ihr eigentliches Wohngebiet im südöstlichen und südlichen Europa hinaus vorgebrungen und so auch ein Mitglied der deutschen Schlangenfaua und Bürger des Rabe-, Wosel- und Lahngebietes geworden ist. Das neue Exemplar im Aquarium weicht von den deutschen Stücken und anderwärts beobachteten nicht nur durch die außerordentliche Länge und Stärke, sondern auch durch den eigenartig hellgrauen (sonst olivgrauen) Grundton der Oberseite, so daß die schwarzen Würfelstellen scharf hervortreten, wesentlich ab. Die königliche Biologische Anstalt auf Jergoland übermittelte dem Aquarium eine reiche Sendung von Blumenpolypen, unter denen namentlich die roten, mit grünen Tüpfeln und blauen Largen geziereten Erdbeerrosen und die großen, mit kurzen und dicken weißlichen Armen ausgerüsteten Tralien durch Stättlichkeit und Farbenpracht auffallen.

Feuerbericht. Dienstagabend um 10 1/2 Uhr wurde die Feuerweh nach der Leipzigerstraße gerufen, wo vor dem Hause Leipzigerstraße 99 die Speiseleitung der elektrischen Straßenbahn in einem Tragenast durchgebrannt war. Da keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorlag, konnte die Weh nach Benachrichtigung der W. G. W. wieder abziehen. Abends wurde die Weh nach der Alexandrinenstraße 47 und gleichzeitig nach der Stalljöhreiberstr. 68 gerufen, wo Aufreißarbeiten in Brand geraten waren. Auf der Rückkehr von der Brandstelle geriet der Kaufmann Herzberg durch einen Fall unter die Gaspritze 10. Er wurde nach der Unfallstation 14 in der Alexandrinenstraße geföhrt, wo man Verletzungen am Kopf, Armen und Beinen feststellte. Die Polizei brachte den Verletzten dann nach seiner Wohnung in der Pankstraße 100. — Gestern früh um 4 Uhr mußte in der Langestraße 97/98 ein Kellerbrand gelöscht werden. — Am Mittwoch hatte die Feuerweh in der Schwerinstr. 16/17 zu tun, wo ein Keller in Flammen stand und in der Melchiorstr. 11, wo Schwefel brannte. In der Landwehrstr. 11 war ein Kasten, Wäsche u. a. in Brand geraten und in der Joachimstr. 8 brannten Gardinen. Ferner wurde die Feuerweh nach der Hausburgstraße 29 und anderen Stellen gerufen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der am Dienstagabend im großen Saale des Volkshauses stattgefundenen Generalversammlung des Wahlvereins erstattete an Stelle des Genossen Kley der Vorsitzende, Genosse Schmidt, den Bericht von der letzten Generalversammlung des Kreises, der vom Genossen Emil Müller ergänzt wurde. Das wesentlichste hiervon ist im „Vorwärts“ bereits beim Bericht über diese Versammlung mitgeteilt worden. Eine Diskussion schloß sich nur an die Mitteilung, daß der Antrag, die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung des Kreises in anderer Weise als bisher zu regeln, und den großen Wahlvereinen eine entsprechend größere Zahl von Delegierten zuzugestehen, abgelehnt sei. Genosse Dr. Warchard geistete diesen Beschluß als im Widerspruch stehend mit unseren eigenen demokratischen Grundsätzen; der mehrfach herangezogene Vergleich mit der Zusammensetzung der Parteitage treffe nicht zu. Auch dort geschehe einigen sehr großen Kreisen, wie Berlin VI, Berlin IV, Teltow-Beeskow und noch einigen, Unrecht; aber besondere Schäden haben sich bisher nicht ergeben, weil jeder Wahlkreis die Kosten seiner Delegation selbst aufzubringen habe, und dadurch eine Regulierung geschaffen sei, indem die Kreise mit nur wenigen organisierten Genossen auch nur eine entsprechend geringe Vertretung zum Parteitag senden könnten. Würden die Kosten der Delegation der Parteikasse auferlegt werden, wie es bei unserer Kreis-Generalversammlung der Fall ist, so würde auch eine proportionale Vertretung der Kreise geschaffen werden. Auf seinen Antrag wurde folgende Resolution im ersten Absatz gegen 3, im zweiten gegen 4 Stimmen angenommen:

„Die Generalversammlung des Wahlvereins Charlottenburg erklät in der Ablehnung des von den Wahlvereinen Charlottenburg, Rixdorf, Schöneberg gestellten Antrages auf proportionale Vertretung der örtlichen Wahlvereine bei der Generalversammlung des Kreises einen schweren Verstoß gegen die Grundsätze der Demokratie; sie fordert den Zentralvorstand auf durch rege Agitation im Kreise dahin zu wirken, daß die Genossen der kleineren Orte über die demokratischen Grundsätze aufklärt werden, damit diese Grundsätze bei der nächsten Generalversammlung zur Geltung kommen.“

Ganz besonders verständlich findet es die Versammlung, daß der Abgeordnete des Kreises, Genosse Zubeil, das un-demokratische Verhalten der Genossen der kleinen Wahlvereine unterstrüht. Sie hat den dringenden Wunsch, daß ihr Abgeordneter die Gründe seiner Stellungnahme persönlich darlegt.“ Zur nächsten Generalversammlung des Kreises wurden die Genossen Kley, Bade, Schröder delegiert.

Der nächste Punkt der Tagesordnung war der Kassenbericht, den der Kassierer, Genosse Müller, erstattete. Die Einnahmen des letzten Quartals (1. April bis 30. Juni) betragen 2804,08 M. (einschließlich des Bestandes bei der letzten Abrechnung in Höhe von 314,73 M.), die örtlichen Ausgaben betragen 539,42 M., an die Zentralkasse wurden 1929,38 M. abgeliefert, so daß ein Bestand am Ort von 425,28 M. verbleibt.

Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt.

Zur Ausnahme in den Wahlverein hatten sich etwa 80 Genossen gemeldet; zwei Gesuche wurden dem Vorstand zur näheren Prüfung überwiesen, die übrigen Genossen für aufgenommen erklärt.

Darauf erstattete der Vorsitzende, Genosse Schmidt, den Vorstandsbericht. Es haben in den abgelaufenen drei Monaten 14 Vorstandssitzungen, darunter 4 kombinierte, stattgefunden; außerdem war der Vorstand bei 4 Sitzungen und der Generalversammlung des Kreises vertreten. Am Ort haben 6 Versammlungen, darunter 2 öffentliche stattgefunden, dreimal sind Flugblätter verbreitet worden. Gegen 6 Mitglieder des Wahlvereins, die sich an der Stadtverordnetenwahl nicht beteiligt hatten, war ein Antrag auf Ausschluß gestellt; zwei davon haben es nicht für nötig gehalten, sich zu verantworten, und sind daher aus der Mitgliederliste gestrichen worden, dreien hat der Vorstand eine Rüge erteilt, gegen einen ist das Verfahren noch nicht abgeschlossen.

Zu bemerken ist ferner, daß das Lokal von Woodrich, Spreestraße, wieder gesperrt werden mußte, dagegen ist das Lokal von Bauer frei geworden. Frei ist auch das Lokal von Thees auf der Nonnenwiese, doch wird es in die Lokalliste nicht aufgenommen, weil es einen Saal zu großen Versammlungen nicht besitzt.

Besonders eifrig wurde auch die Agitation in dem von dem Kreise zugewiesenen Agitationsbezirk betrieben. Infolgedessen konnte in Krausnid ein Wahlverein gegründet werden. Das Ottofische Lokal in Krausnid, in welchem bisher Gewerkschaften und Radfahrer ihre Versammlungen und Vergnügungen abhielten, ist dem Wahlverein nicht zur Verfügung gestellt und daher gesperrt worden. In der Diskussion regte Genosse Löwenberg an, der Vorstand möchte der theoretischen Ausbildung der Genossen sein besonderes Augenmerk zuwenden. Genosse Schmidt teilte darauf mit, daß der Vorstand für den Winter bereits die Einrichtung wissenschaftlicher Kurse plane.

Bei dem Punkte der Tagesordnung „Verschiedenes“ verlangte Genosse Langheim, daß jeder Funktionär der Partei nicht nur wie jetzt der Gewerkschaft seines Berufes angehören müsse,

